INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

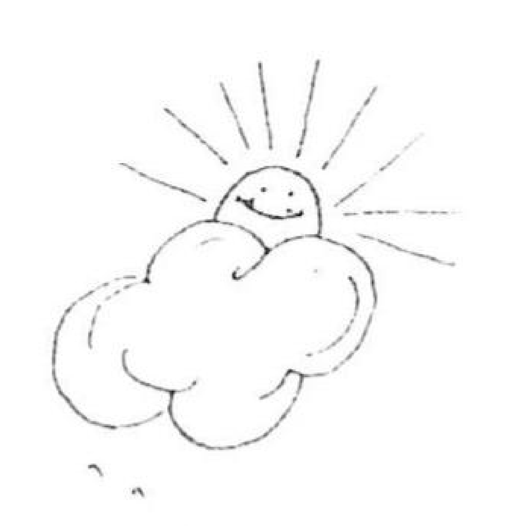
2,50 DM

LIEBER WEIN, WEIB UND GESANG
ALS BIER, MANN UND GEBRÜLL

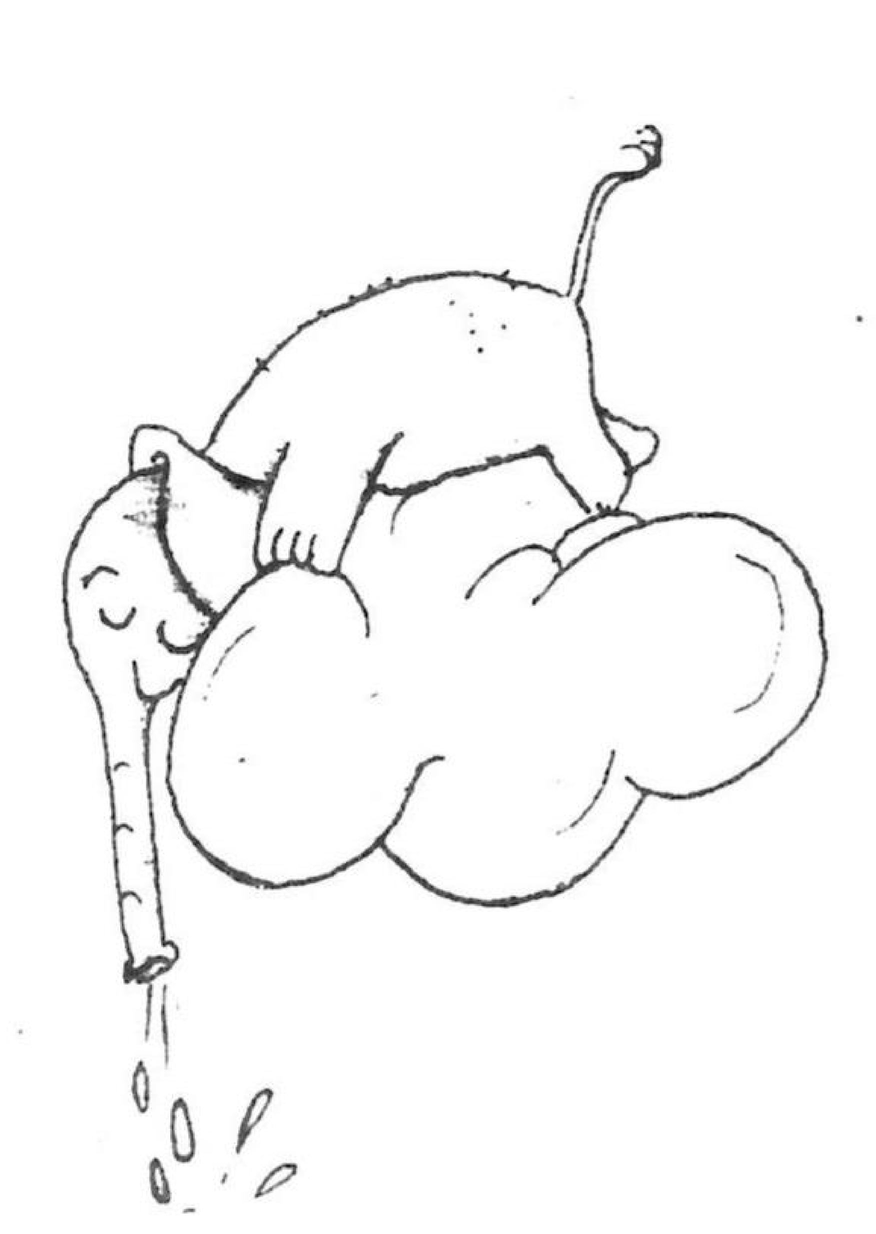
6.9.1996
Nr. 387

Vorwort:Adios Sommerloch! Uns gibts jetzt wieder wöchentlich!
Einen Haufen Post haben wir gekriegt, aber nicht ein Stück Schokolade!
Was ihr eingeschickt habt, aber weder im Heft noch im Ordner findet, kommt in der nächsten Nummer.Aber: Texte, die ewig lang sind, haben schlechte Karten. Liebe Such Much 96: schickt eine Zusammenfassung!
Zu s.15: das rot-gelb-grüne Pferdchen in Freiburg war eine FrauenLesben-Aktion zu Solidarität mit dem kurd.Widerstand. die Erklärung findet ihr wegen schlechter Kopierqualität im Ordner.
Bitte schickt immer gute Kopien auf weißem Papier!





Inhalt:



Ordner:
-mehr Texte zum Hungerstreik in türk. Knästen vom Info-Zentrum f.Freie Völker
- FrauenLesben-Erklärung zu Kurdistan
- Presse und Flugis zur Marchstr.
- Such Much 96: Hintergrundanalyse zum Brandanschlag in Lübeck, 14 Seiten
- Selbstporträt einer militanten Gruppe: anfangen, aber nicht um jeden Preis, 15 S.
- Projekt gegen Neoliberalismus: Diskussionspapier
- Presse zu Anschlägen im Wendland





Impressum:

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: ebenda

V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



räumungsbedroht!!!

Nach dem Willen des Präsidiums soll es ab dem 2.9. ein Geschwulst weniger am siechenden Körper der FU geben. Das während des Streiks 1988/89 erkämpfte Cafe Geschwulst wird seitdem als linker, linksradikaler und feministischer Info- und Kommunikationsort genutzt. Im Gegensatz zum HERRschenden Unibetrieb können wir die Inhalte selbst bestimmen. Wir brauchen diesen Ort als studentischen Freiraum, wo diese nicht nur diskutiert, sondern auch gelebt werden.
Seit Februar 1996 werden unter Räumungsandrohung vier Verantwortliche vom Präsiamt gefordert. Unsere Vorstellungen von Selbstbestimmung und Kollektivität widersprechen ihren Vertragsknebelungen und der damit verbundenen Übernahme hierarchischer Strukturen, welche wir entschieden ablehnen und überwinden wollen. Außer den Kriminalisierungsversuchen der Uni-Leitung ist das Cafe massiven Angriffen des rechtsradikalen Spektrums der Uni ausgesetzt. Sowohl der RCDS, als auch solche dubiosen Gruppen wie das „OSI-Bündnis" und „Vitamin C - christlich-demokratisch" beteiligen sich seit dem letzten Semester an der Demontage des Geschwulst. Die rechtsradikalen Parolen an den Außenwänden des Cafes „Rechtsruck jetzt", „Solidarität mit (A.) Priem" (Rechtsextremer Funktionär) usw. werden von der Uni-Leitung stillschweigend akzeptiert.
Die Räumungsandrohung liegt voll im Trend der repressiven Stadt- und Unipolitik: Auch das EWI-Cafe, das Norman Bates-Cafe, Cassandra und Goetropa sollen nach der Asbestsanierung der Rost- und Silberlaube geschlossen werden.
Wir haben heute (2.9.) den Beginn der Bauarbeiten in unseren Räumen verhindern können, aber dauerhaft wird das Cafe nur bestehen können, wenn sich viele solidarisieren. SONST WIRD ES DAS CAFE NICHT MEHR LANGE GEBEN!!! Aktionen von Soli-Gruppen finden unsere allergrößte Sympathie.
Es gibt ein nächstes Soli-Treffen für die von der Schließung betroffenen Cafes:

25. SEPTEMBER 1996 - 14 Uhr - ASTA FU (Kiebitzweg 23)
Kommt alle hin, wenn Ihr könnt!

BILDET MASSENHAFT GESCHWÜLSTE IM SIECHENDEN KÖRPER DER UNI UND IN DIESEM STAAT!!!

GESCHWULST BLEIBT!!!

FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES,

HERRSCHAFTSFREIES LEBEN UND LERNEN!!!

in der nacht vom 1. zum 2. september wurden die außenwände des präsidialamtes der (pechschwarzen) fu mit farbeiern verschönert. dabei ging erfreulicherweise eine fensterscheibe zu bruch und somit werden sich die HERRschenden der unfreien uni auch im inneren ihrer villa über farbe freuen können! dies war eine soli-aktion mit dem von der räumung bedrohten cafe geschwulst (dem letzten besätzten cafe im unfu g). heute, am angekündigten räumungstermin (2.sept.) war ursprünglich der durchbruch mehrerer caferaumwände von der unileitung geplant, die aber durch erfolgreiche verzettelung (wo war denn nur der bauplan plötzlich?!) und sitzblockaden verhidert wurden.

AN DAS P-AMT: -WIR LASSEN UNS NICHT VERHEIMLICHEN! RÄUMT EUCH DOCH SELBER!

GEGEN DEN HERRSCHENDEN NORMALZUSTAND IN DEN UNIS!!!

FÜR SELBSTBESTIMMTES LEBEN & LERNEN!!!

K.O.M.A.N.D.O. stirb LANGsam,peter!!!

Käfigboxen schützen vor Hausbesetzern

■ Die Firma Sitex bietet Sicherheitssysteme für leerstehende Immobilien an. Brecheisen und Brandsätze ohne Chance. Dafür können sich jetzt Besitzer wieder der Vermietung widmen

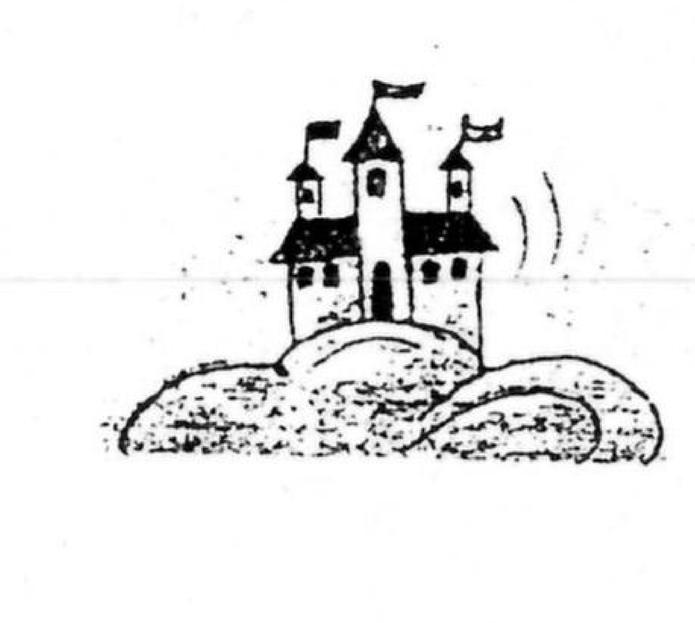
Sitex sei Dank: Mietspekulanten können endlich ruhig schlafen. Sie brauchen keine Angst mehr zu haben, daß ihre leerstehenden Immobilien von schlafplatzsuchenden Obdachlosen heimgesucht werden. Oder, noch viel schlimmer – von Hausbesetzern. Denn dank eines ausgeklügelten Sicherheitssystems können hausfremde Subjekte erfolgreich vom Einstieg durch Tür und Fenster abgehalten werden: Die Teltower Firma Sitex vermietet nämlich „Sicherheitstüren und -fenster“ an Besitzer leerstehender Gebäude, um sie vor „Feuerteufeln und Hausbesetzern“ zu schützen.

Sitex verspricht den geplagten Hausbesitzern leicht montierbare Türen mit „versteckten Schlüssellöchern“, die gegen Kaugummi- und Klebstoffattacken schützen sollen. Die Sitex-Fenster haben sogar eine „beschichtete Abdekkung“, die sich leicht von Graffiti reinigen lasse. Auch potentiell rachsüchtige Mieter, die vom Besitzer aus der Wohnung geklagt wurden, haben dank Sitex keine Chance mehr. Denn die Fenster, die wie überdimensionale, mit winzigen Luftlöchern perforierte braungraue Käfigboxen aussehen und über die alten Fenster gestülpt werden, schützen gleichsam gegen „Brecheisen und Brandsätze“.

Mit dem Schmuddel-Look leerstehender Häuser ist es also endgültig vorbei. Früher wurden die Türen und Fenster der frisch geräumten Häuser mit Sperrholz oder Mauersteinen verrammelt. Doch Sitex hat erkannt, daß diese „Optik“ verstärkt „kriminelle Elemente“ anziehe. Dieses „Elends- oder Leerimage“ werfe ein „ungünstiges Licht“ auf den Eigentümer. Mit Hilfe von Sitex, so heißt es im Werbekatalog, könnten sich Hausbesitzer endlich auf „ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren und in Ruhe für die Reparatur, Renovierung und Neuvermietung sorgen“. Deswegen also der sprunghafte Anstieg von Neuvermietungen in der Hauptstadt!

Rund 5.000 Türen und Fenster von Sitex trotzen in Berlin und Brandenburg derzeit dem „Wandalismus“. Und der Kundenkreis wird immer größer. So haben sich schon der Polizeipräsident, die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten und natürlich zahlreiche Hausverwaltungen den Luxus eines „professionellen Sicherheitssystems“ genehmigt. Von Sitex ganz besonders begeistert ist auch die Henning von Harlessem & Co GmbH. Sie ließ vor zwei Wochen die letzten Häuser Westberlins in der Marchstraße und am Einsteinufer räumen – und kann sich jetzt, geschützt vor obdachlosen Hausbesetzern, ihren „eigentlichen Aufgaben“, der Neuvermietung, widmen. **Julia Naumann**

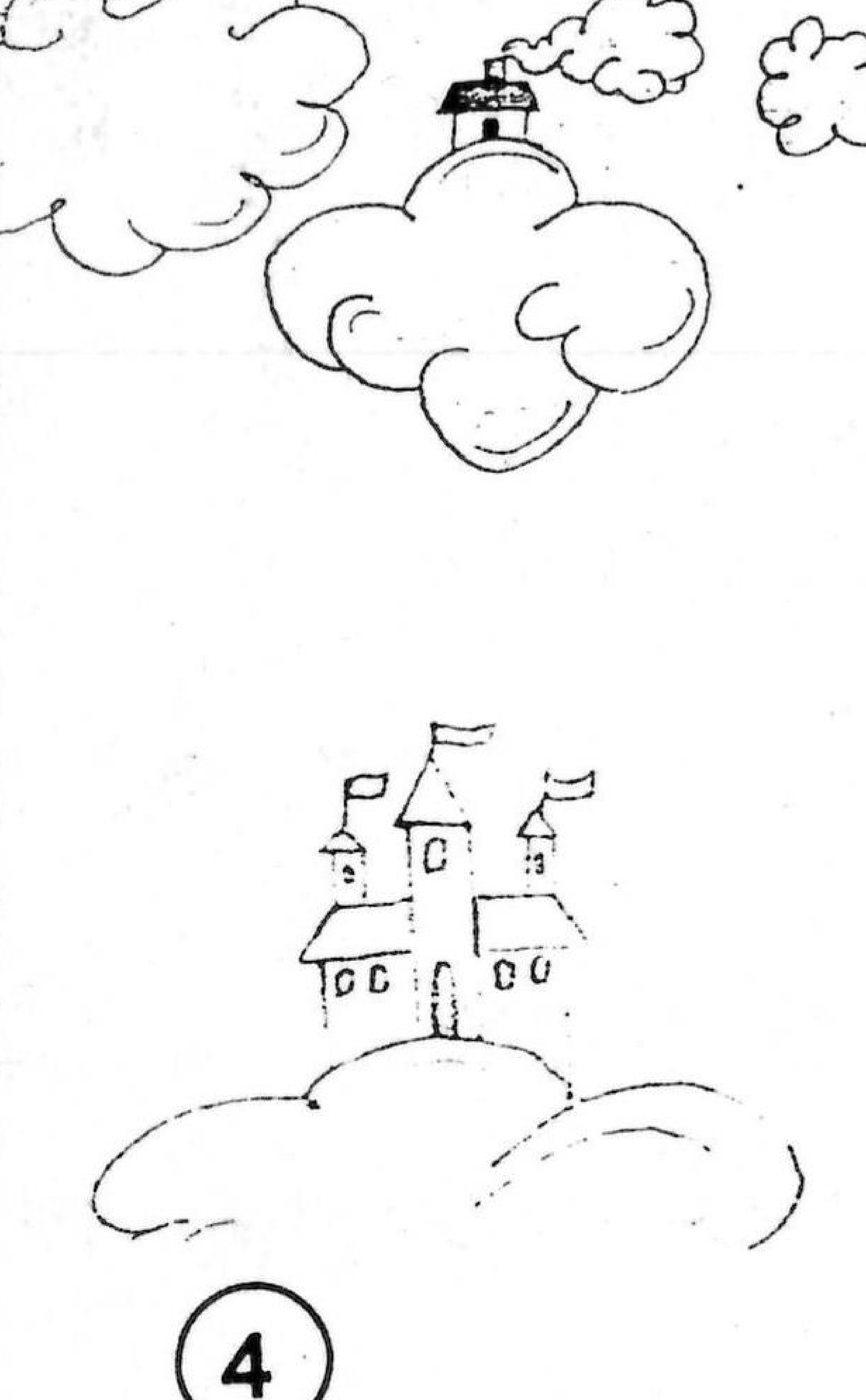
Wer die Hilfe zur Vermietung in Anspruch nehmen will, please call: 03328/39880



Taz, 26.8.96

Selbstverwaltung für Hausbesetzer

Leipzig: Stadtverwaltung akzeptierte einstimmig Connewitzer Modell



Leipzigs HausbesetzerInnen im Stadtteil Connewitz werden ihre Häuser künftig selbst verwalten. Dies beschloß das Stadtparlament am späten Mittwochabend. Nach nur elfminütiger Diskussion passierte das vom Jugendamt eingebrachte »Connewitzer Modell« einstimmig den Stadtrat – mit Zustimmung von DSU bis PDS.

Dem Jugendamt werden nun 3,9 Milionen Mark zur Verfügung gestellt, mit denen noch in diesem Jahr insgesamt 15 ehemals besetzte Häuser rund um die Connewitzer Stöckartstraße aufgekauft werden können. Sie sollen dann der vor einem Jahr von den HausbesetzerInnen gegründeten Alternativen Wohngenossenschaft Connewitz eG in Erbbaurecht übergeben werden – zu Vorzugskonditionen und für mindestens 30 Jahre. Die Sanierung der Häuser will die Stadt zu 60 Prozent bezuschussen.

Das verabschiedete 40seitige Papier war das Ergebnis anderthalbjähriger Beratungen zwischen Stadtverwaltung und den HausbesetzerInnen vor Ort. Bei den betroffenen Häusern handelt es sich weitgehend um »Altlasten« aus der Wendezeit, die bereits 1993 von der damals noch berechtigten Kommunalen Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) mit befristeten Mietverträgen legalisiert wurden. Die Verträge laufen im nächsten Jahr aus, die meisten Häuser werden bis dahin an AlteigentümerInnen rückübertragen sein.

»Ich hoffe, daß wir über die Stadt Leipzig hinaus ein Signal setzen können, wie mit Gruppen umgegangen werden kann, die nicht so leicht zu handhaben sind«, begründet Vize-Bürgermeister Wolfgang Tiefensee (SPD) den Vorstoß. Weniger visionär sieht die CDU ihre Zustimmung: Nach kontroverser interner Diskussion habe sie sich zum Ja durchgerungen, »obwohl es uns schwer im Magen liegt, wenn hier einer lautstark krakeelenden Gruppe Sonderrechte eingeräumt werden«, so CDU-Mann Walter Bullinger. »Aber wir gehen ja immer davon aus, daß Eigentum die Persönlichkeit prägt. Wir hoffen daher, daß langfristig auch in der Stöckartstraße einmal CDU-Wähler heranwachsen können.«

Janev Markowitz, Leipzig

Junge Welt, 23.8.96

CHRONOLOGIE EINER UNEND- LICHEN RÄUMUNG

Polizeiterror gegen die BesetzerInnen des Geländes Marchstraße/ Einsteinufer in Berlin Charlottenburg

- Bei dem geräumten Gelände handelt es sich um ein ca. 5000 m² großes Areal, das sich im Besitz einer Spekulationsfirma (Henning, v. Harlessem & Co GmbH, Fasanenstr. 73[HvH]) und dem Tiefbauamt befindet. In zwei Vorderhäusern und zwei Wagenburgen lebten bis zum 8.8.96 ca 70 Menschen. Die Besetzung der Häuser im März 1989 verhinderte den Abriß der intakten Gebäude, die von den BewohnerInnen ohne öffentliche Unterstützung instandgesetzt werden mußten, nachdem die HvH im Zuge einer Polizeiaktion Fenster, Sanitäreinrichtung und Öfen zerstören ließ. Legalisierungsverhandlungen wurden im Herbst 1989 nach einem Polizeiüberfall, der fast zur Räumung geführt hätte, abgebrochen. In den folgenden Jahren führte die HvH einen Räumungsprozeß gegen einige BesetzerInnen, die schließlich zur Räumung verurteilt wurden und gezwungenermaßen auszogen. Die überwiegende Mehrheit der teils langjährigen BewohnerInnen wurde nicht verklagt und blieb dort.Seit Frühjahr 96 gab es wieder Gespräche über eine Legalisierung der Häuser.
Am 8.8.96 wurden die BesetzerInnen durch eine illegale Polizeiaktion geräumt, ihrer gesamten Habe beraubt und anschließend zwei Wochen lang polizeilich durch den Bezirk gejagt. Der Forderung der Gruppe, zumindest ein angemessenes Ersatzobjekt zu bekommen(bis zum Wiedereinzug in die Marchstraße), wurde vom Bezirksamt mit der Einweisung in eine verrottete SS- Kaserne nachgekommen.

Chronologie

Do, 1.8.96 8-stündige Durchsuchung „zur Vollstreckung von Haftbefehlen" durch mehrere Polizeihundertschaften, die sich mit Schneidbrennern und einer Feuerwehrleiter Zutritt verschaffen. Treppengeländer und Privateigentum wird zerstört, Barrikaden werden demontiert und geraubt. Gegen zwei Besetzer werden Haftbefehle wg. Alkohol am Steuer bzw. Verstoß gegen das BtmG vollstreckt. Der Einsatz dient der Polizei zur Räumungsvorbereitung.

Do, 8.8. Räumung des Geländes unter Bruch der „Berliner Linie", Innensenator Schönbohm greift in den zivilprozesslichen Streit zwischen Spekulant und BesetzerInnen ein. Als Vorwand dienen die angeblich „schlechten hygienischen Bedingungen".
27 BesetzerInnen werden von 400 Schergen überfallen und vertrieben. Die Bullen zerstören in der Marchstr. 23 systematisch Privateigentum. Gleichzeitig werden große Löcher in die Dächer der Häuser geschlagen, daß Haus mit Sitex- „Vandalismusschutz"-Türen verrammelt und die wertvolle Bepflanzung des Geländes gerodet, Wasser und Strom gekappt. Es gibt zwei Festnahmen.
Die nun obdachlosen BesetzerInnen ziehen in zwei Armeezelten auf den TuB- Campus.

Fr, 9.8. Nachts werden 11 BesetzerInnen, die sich friedlich vor dem Gelände versammelt hatten, von Bereitschaftspolizei festgenommen und in Berliner Außenbezirken ausgesetzt, einer von ihnen barfuß. Dabei brechen die Beamten einer Minderjährigen den Arm. Nur unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen ist es morgens erlaubt, Habseligkeiten aus den Häusern und Bauwagen zu holen. Zwei Bauwagen werden vom Gelände geschleppt, dann beginnt die Verschrottung der 11 anderen Wagen samt Inventar. Die Herausgabe der Wagen wird von der Polizei verweigert.

Sa, 10.8. Demonstration gegen die Räumung mit 400 TeilnehmerInnen vom Wittenbergplatz bis zur Marchstraße. Am Ende der friedlichen Demo eine brutale Festnahme.

Mo, 12.8. Pressekonferenz der BesetzerInnen im AStA der TuB mit der Forderung nach Rückgabe der Häuser und die sofortige menschenwürdige, gemeinsame Unterbringung der Geräumten.
Am Haus brutale Festnahme einer Frau, die ihre Sachen aus dem Einsteinufer holen will, Haftgrund: „Fluchtgefahr, weil Hausbesetzerin".
Ende der Duldung der Zelte durch die TuB, es gibt kein Ersatzobjekt. Ca. 10 BesetzerInnen schlafen unter der Dovebrücke.

Mi, 14.8. Die Zelte werden auf der Grünfläche „Alt Lietzow" aufgestellt. Nur der persönliche Einsatz der Baustadträtin Profe´ (B90/Gr) verhindert die sofortige polizeiliche Räumung. Es gibt ein Ultimatum bis zum 16.8.

Do, 15.8. In einer Nacht- und Nebelaktion übersprüht eine Malerkolonne unter Flutlichtbeleuchtung die Wandgemälde am Einsteinufer und an der Marchstraße.
Eine Kundgebung in der Bezirksverordnetenversammlung endet mit Tumulten und der Räumung der Zuschauertribüne. Die Zusicherung von Sozialstadtrat Maier (SPD), Wohnraum für alle Geräumten bereitzustellen, erweist sich als Lüge: es gibt keine Wohnungen, sondern Betten in ohnehin überbelegten Läusepensionen.

Fr, 16.8. Räumung der Zelte von Alt Lietzow. In letzter Sekunde kommt eine Verhandlungslösung zustande, die BesetzerInnen dürfen ihre Zelte auf der Speerplatte, einem brachliegenden Areal im Norden Charlottenburgs, befristet aufbauen.

Sa, 17.8. Finanzsenator Pieroth (CDU) fordert die sofortige Räumung des Geländes, um nicht existente Investoren zu beruhigen. Der Bezirk setzt sich für eine längerfristige Duldung ein.

Di, 20.8. Ende des Ultimatums auf der Speerplatte. Kundgebung der BesetzerInnen vor dem Rathaus und in der Wilmersdorfer Straße. Das Bezirksamt beschließt auf Vorschlag von Wirtschaftsstadtrat Heinrich (CDU), die Einweisung in ein neben der Speerplatte liegendes Obdachlosenasyl. Dazu soll die Hausordnung geändert werden. Als Ultimatum für die Räumung der Speerplatte wird der 21.8. festgelegt.

Mi, 21.8. Besichtigung des Obdachlosenasyls. Die ehemalige SS- Kaserne ist vergittert wie ein Gefängnis, dort untergebrachte Obdachlose sind gegen den Einzug. Alle BesetzerInnen sollen zwangsdurchleuchtet und entlaust, ihre Tiere sollen weggebracht werden.
Der Umzug in das Asyl wird abgelehnt, darauf folgt die polizeiliche Räumung unter Aufsicht des Wirtschaftsstadtrats. Es ist die vierte Räumung innerhalb von 12 Tagen. Um ein erneutes Aufstellen der Zelte zu verhindern, zieht Polizei am Tu- Campus in der Marchstr. auf.

Do, 22.8. Einige BesetzerInnen kommen in einem teilbesetzten Haus in Berlin Mitte unter, andere schlafen auf der Straße.

Sa, 24.8. Die Gruppe besetzt still ein leerstehendes Haus, um nicht auseinandergerissen zu werden.

So, 25.8. Scheinbesetzung der seit 90 leerstehenden Thaerstr. 14 in Friedrichshain, um gegen Leerstand zu protestieren und den Anspruch auf angemessenen gemeinsamen Wohnraum und Rückgabe des geräumten Geländes zu bekräftigen.

Mo, 26.8. Marchstraßenräumung Thema im Innenausschuß

Di, 27.8. Kundgebung vor dem Rathaus Charlottenburg, wo sich der Sozialausschuß mit der Lage der geräumten BesetzerInnen beschäftigt.

BesetzerInnen des Geräumten Geländes Marchstr./ Einsteinufer im Exil, 26.8.96



Presseerklärung der BewohnerInnen des Geländes Marchstraße/ Einsteinufer
Speerplatte, Friedrich Olbricht Damm 67, Berlin Charlottenburg

WIR LASSEN UNS NICHT EINKNASTEN!

Ersatzangebot ist unannehmbar
Räumung heute, Mittwoch, 21.8.96 um 15.00 Uhr

Wir, die am 8.8. unter Bruch der Berliner Linie geräumten BewohnerInnen des Geländes Marchstraße/ Einsteinufer, sehen der vierten Räumung innerhalb von 12 Tagen entgegen. Das Angebot des Bezirksamts, das auf Vorschlag des CDU- Wirtschaftsstadtrates Heinrich angebotene Obdachlosenasyl am Friedrich Olbricht Damm 69 zu beziehen, lehnen wir als unzumutbar ab. Gelände und Gebäude sind auch zur vorübergehenden Unterbringung völlig ungeeignet.
- Die baufälligen Gebäude, die von 1942- 1945 der SS als Kasernen dienten, stehen auf Abriß. Der Heimleiter gab zu, daß er hier niemals freiwillig Menschen unterbringen würde. Die mit meterhohem Zaun, Gittern und Stacheldraht gesicherte Anlage wirkt wie ein Gefängnis. Die Treppenaufgänge sind großzügiger als die zellenartigen Wohneinheiten, deren Einrichtung kollektives Wohnen unmögich macht. Auch für unsere Zelte gibt es hier keinen Platz. Alle Häuser sind belegt, die BewohnerInnen haben sich teilweise gegen unseren Einzug ausgesprochen.
- Während der Besichtigung der Anlage durch die BesetzerInnen und Claudio Struck (B90/Gr) wurde uns allen eine Zwangsdurchleuchtungt angekündigt, unsere Tiere sollten wir auf Anraten der stellvertretenden Heimleiterin Fröhlich „wegbringen". Sie duzte uns ohne Umschweife und machte sich am Verband eines Unterstützers zu schaffen, wobei sie über die mangelhaften hygienischen Bedingungen lamentierte, unter denen wir angeblich leben. Der Mann trägt den Verband aufgrund eines Berufsunfalls und lebt in einer Mietwohnung. Während der Begehung erschienen auf der Speerplatte zwei Menschen, die, ohne sich auch nur zu legitimieren, eine Entlausungsaktion durchführen wollten und weggeschickt wurden.
- Anwesend waren auch diesmal die Bullen, die sich, vertreten durch Abschnittsleiter Kutin, ein Bild von den Räumlichkeiten machten, um uns dann zu verkünden, daß es „in der Marchstraße auch nicht besser gewesen" sei. Kutin kündigte an, unsere Gruppe „aufzulösen" und über das Berliner Umland zu verteilen, wenn wir nicht bis 15.00 Uhr unsere Zelte abgebaut hätten.

Wir sind vor fast zwei Wochen durch eine völlig illegale Polizeiaktion von unserem Gelände geräumt worden, viele von uns haben ihren gesamten Besitz verloren, weil fast alle Bauwagen samt Inventar verschrottet wurden und in den Häusern systematische Verwüstungen von Privatbesitz stattfanden. Wir haben auf dem Gelände 8 Jahre lang ohne größere Probleme zusammen gelebt, die vom Eigentümer, der HvH, angerichteten Zerstörungen repariert und die Wohnhäuser vor dem Abriß gerettet: Jetzt stehen die Häuser leer, die HvH hat ohne Besitz einer Abrißgenehmigung große Löcher in die Dächer schlagen lassen, um den Verfall der noch intakten Häuser einzuleiten.
Wir werden mit einem Riesenaufwand von Ort zu Ort getrieben, um dem faschistoiden Reinlichkeitswahn eines Schönbohm gerecht zu werden, CDU- Landowsky will uns aus der Gemeinschaft der sauberen Deutschen ausstoßen: für solche wie uns gäbe es keine staatliche Fürsorgepflicht. Da ist der Weg in die alte SS Kaserne ganz folgerichtig.

WIR WERDEN ZUSAMMEN BLEIBEN, BIS WIR AKZEPTABLEN WOHNRAUM FÜR ALLE HABEN!
WIR WOLLEN UNSERE HÄUSER UND WAGEN ZURÜCK; UND ZWAR SAUBER GEPUTZT UND REPARIERT!
WIR WERDEN UNSER ZELT BALD WIEDER AUFSTELLEN!

BesetzerInnen Marchstraße/ Einsteinufer, 21.8.1996

die tageszeitung ■ Montag, 2. September 1996

Besetzung in Kleinmachnow beendet



■ Polizei vertreibt Jugendliche aus leerstehendem Häuschen

Kein Kaffeekränzchen mehr bei Schönbohms in Kleinmachnow. Die Potsdamer Polizei hat gestern mittag in dem von Rückgabeverfahren geplagten Örtchen ein Haus geräumt. Die BesetzerInnen seien erkennungsdienstlich behandelt worden. So ließen es jedenfalls die acht BesetzerInnen mitteilen. Die Polizei hingegen stritt dies ab. Die Ordnungshüter hätten lediglich eine Handvoll junger Leute zum Verlassen des Hauses aufgefordert. Die Jugendlichen hätten sich widerspruchslos getrollt und das seit Jahren leerstehende Haus wieder verlassen, das nahe dem Domizil des Berliner Innnensenators Jörg Schönbohm liegt. Eine Vertrauensperson der Besetzer erklärte, die zwölf Jugendlichen hätten erst vorletzten Freitag ihr neues Heim in Kleinmachnow betreten, ein seit Jahren verlassenes Gebäude, in dem es schon keine Scheiben mehr gab. Die BesetzerInnen hätten zuvor in der Charlottenburger Marchstraße gewohnt. Das bislang letzte besetzte Haus Westberlins war geräumt worden.

„Wir rücken Schönbohm [illegible] mehr auf die Pelle", meint [illegible] Vertrauensperson der BesetzerInnen. Es gebe noch ein zweites besetztes Haus in Kleinmachnow, das aber einige Straßenzüge entfernt liegt. Die Potsdamer Polizei gab an, sie könne das Inbeschlagnehmen des Häuschens in Kleinmachnow durch Unberechtigte nicht dulden – egal ob es schon lange ungenutzt sei oder nicht. Es habe zudem „Beschwerden" aus der Nachbarschaft" gegeben. Die Vertrauensperson der BesetzerInnen widersprach dem: Die jungen Leute hätten gut mit den Nachbarn kooperiert. cif

69 Tage die die Welt in Atem hielten

Vor einem Monat haben die politischen Gefangenen in der Türkei ihr Todesfasten beendet. Nach 69 Tagen in denen mehr als 300 Gefangene am Todesfasten teilnahmen und in denen 12 Gefangene starben, mußte der türkische Staat einlenken und die Erfüllung der Forderungen der Gefangenen zusagen. Die Überlebenden des Todesfastens wurden zur Behandlung ins Krankenhaus gebracht.

Der Sieg des Todesfastens ist ein Sieg der Menschenwürde über die Grausamkeit. Er wurde erreicht durch die Opferbereitschaft der Todesfastenden, für die Menschenwürde ihr Leben zu geben. Der türkische Staat konnte nicht anders, als unter dem Druck der Weltöffentlichkeit vor dem Widerstand der Todesfastenden zu kapitulieren.

Um die Öffentlichkeit auf ihre Seite zu ziehen, hatten die Gefangenen allerdings lange kämpfen müssen. Erst als die ersten von ihnen fielen, berichteten die Medien im Ausland ausführlich von den Ereignissen in den Gefängnissen, die die Türkei erschütterten. Tausende von Menschen in der Türkei hatten sich mit den Todesfastenden solidarisiert. Überall in der Türkei gaben sie auf den Straßen ihrer Solidarität durch Proteste Ausdruck. Und überall wurden sie von der türkischen Polizei dafür angegriffen. Die Brutalität der türkischen Ordnungshüter des Regimes kannte keine Grenzen. Siebzigjährige Mütter wurden von Polizisten mit Knüppeln geschlagen, verhaftet und gefoltert. Die Türkei zeigte in diesen Tagen wieder einmal ihr wahres Gesicht.

Auch in Europa wurde der Widerstand unterstützt. Spontan entstanden an vielen Orten Solidaritätskomitees mit den politischen Gefangenen, deren Mitglieder in der Mehrheit in Europa lebende Türken und Türkinnen sind. Aber was die Medien zu diesem Zeitpunkt nicht leisteten, das gelang diesen Solidaritätskommitees: die Menschen in Europa für den Kampf der Todesfastenden zu sensibilisieren. Nach und nach äußerten sich auch in Europa PolitikerInnen, demokratische Vereine, Gewerkschaften, AnwältInnen und Intellektuelle zu den Ereignissen in der Türkei. Im Europa Parlament und vor der UNO wurden Stimmen laut, die die Politik der Türkei verurteilten und die türkische Regierung aufforderten, die Forderungen der Todesfastenden zu erfüllen.

Aber auch in Europa wurden diejenigen, die sich für die Forderungen der Todesfastenden auf den Straßen einsetzten, brutal angegriffen. Die Hüter der hiesigen Ordnung, denen die guten Beziehungen zur NATO Partnerin Türkei mehr am Herzen liegen, als das Leben und die Rechte der politischen Gefangenen, versuchten den öffentlichkeitswirksamen Protest brutal zu ersticken. Mehrere Male wurden Demonstrationen zugunsten der Todesfastenden verboten oder von der Polizei angegriffen. 'Präventiv' wurden Vereine türkischer Linker vor Demonstrationen von der Polizei gestürmt, die Vereinsmitglieder zusammengeschlagen und verhaftet. Die Szenen auf der Kölner Domplatte, auf der am 20. Juli 1996 mehr als 500 Menschen festgenommen wurden erinnerten an Bilder, die wir aus dem türkischen Fernsehen kennen.

Als die ersten Toten des Todesfastens der ganzen Welt klarmachten, daß die Gefangenen im Kampf um ihre Würde eher sterben, als sich ergeben, konnten die Ereignisse von niemandem länger ignoriert oder heruntergespielt werden. Jetzt war das Todesfasten Thema in allen Zeitungen. Die Bilder aus dem Gefängnis Bayrampasa in Istanbul, die von den Gefangenen aufgenommen und aus dem Gefängnis gebracht werden konnten, erschütterten die Fernsehzuschauer in ganz Europa.

Jetzt endlich wurde Druck auf die Türkei ausgeübt. Unter diesem Druck, der mit dem Leben von 12 Todesfastenden aufgebaut wurde, mußte die türkische Regierung einlenken und die Erfüllung der Forderungen der Gefangenen zusagen. Darauf hin beendeten die 326 Gefangenen das Todesfasten.

Das Todesfasten war ein großer Erfolg für den Kampf um die Menschenrechte in der Türkei. Es hat den Herrschenden in der Türkei gezeigt, daß sie gegen einen Widerstand, der bereit ist mit dem Leben der Gefangenen zu bezahlen, auf Dauer nur verlieren können.

Aber das Todesfasten hat eine Bedeutung, die über die Verteidigung der Rechte und die Verbesserung der Haftbedingungen der politischen Gefangenen hinausgeht. Ausgehend von den Gefangenen ist der Widerstand in der Türkei durch den Hungerstreik erweitert worden und hat eine neue Dimension erreicht. Zum ersten Mal haben nicht nur viele der revolutionären Organisationen, die sich als Avantgarde des Kampfes verstehen, zusammengearbeitet. Über die Zusammenarbeit der Organisationen DHKP-C, MLKP, TKP(ML), TKP-ML, Direnis Hareketi, TIKB, TDP, Ekim und THKP-C/HDÖ innerhalb der Gefängnisse, wurde auch die Diskussion über eine Zusammenarbeit außerhalb der Gefängnisse vorangetrieben. Und es waren nicht nur die revolutionären Organisationen, die außerhalb der Gefängnisse Widerstand leisteten und die Todesfastenden unterstützten. Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, viele demokratische Gruppen und Institutionen unterstützten den Widerstand durch zahlreiche Protestaktionen und Solidaritätshungerstreiks. Die Fortschritte in der Zusammenarbeit zwischen demokratischen und revolutionären Organisationen ist einer der großen politischen Erfolge des Todesfastens.

Ein weiterer wichtiger politischer Erfolg des Todesfastens ist die Entlarvung der neuen Erbakan Regierung. Nach Zustandekommen der REFAHYOL Koalition unter der Führung der Refah Partei hatten viele der ProtestwählerInnen gehofft, daß sich die Situation entsprechend der vollmundigen Wahlversprechen verbessern würde. Diese Hoffnungen wurden durch die brutalen Angriffe unter Führung von Innenminister Mehmet Agar und Justizminister Sevket Kazan bitter enttäuscht. Das Todesfasten hat der Refah Partei die Maske Gerechtigkeit vom Gesicht gerissen. Dahinter grinst uns das Gesicht des Faschismus entgegen. Gegen dieses Gesicht wird der durch das Todesfasten auf eine neue Stufe gehobene Widerstand in der Türkei weitergeführt werden.

„Sie werden mich an einem schwachen Punkt angreifen. Sie werden meine Gesundheit zerstören“

(aus der Hungerstreikerklärung von Benjamin Ramos Vega vom Januar 96)

ZUR AKTUELLEN SITUATION VON BENJAMIN RAMOS VEGA

Benjamin Ramos Vega wurde nach 16 Monate Isolationshaft in Berlin-Moabit im Juni diesen Jahres an den spanischen Staat ausgeliefert. Die spanische Justiz wirft ihm vor, durch die Anmietung einer Wohnung in Barcelona ein Kommando der ETA unterstützt zu haben. Wahrscheinlich noch dieses Jahr wird deshalb gegen Benjamin und mindestens zwei weitere Beschuldigte, die angeblichen Kommandomitglieder Pipe und Agurtzane, ein Prozess vor dem Sondergericht Audiencia Nacional in Madrid eröffnet.
Die Anklage gegen Benjamin beruht auf Aussagen, die Pipe und Agurtzane unter Folter gemacht und später widerrufen haben. Das Berliner Kammergericht hatte deshalb die Auslieferung an drei Bedingungen geknüpft: Benjamin solle nicht in Isolationshaft kommen, eine angemessene medizinische Versorgung erhalten (er ist HIV-positiv) und vor Gericht sollen keine der unter Folter entstandenen Aussagen verwendet werden.
Diese Bedingungen, zu denen sich das Kammergericht ohnehin nur unter dem Druck der Verteidigung und der Öffentlichkeit gezwungen sah, werden vom spanischen Staat - wie erwartet - permanent gebrochen.

Benjamin ist in Isolationshaft:
Er unterliegt einer absolut rigiden Postzensur: er darf nur zwei Briefe in der Woche abschicken. Bücher und Zeitschriften werden zensiert und angehalten. Nicht mal ein aus der BRD geschicktes Kinderbuch von Astrid Lindgren passierte die Postkontrolle.
Besuche kann Benjamin bisher nur von seinen direkten Familienangehörigen erhalten, und das einmal im Monat für 40 Minuten hinter der Trennscheibe. Die Besuche der Anwältin finden ebenfalls mit Trennscheibe statt. Die Besuchsanträge von FreundInnen und GenossInnen aus Katalonien , dem Baskenland und der BRD dauerten zwei Monate, bis sie von der Knastleitung in Madrid -Carabanchel überhaupt bearbeitet wurden. Eine Genehmigung, die von der Knastleitung signalisiert worden war, wurde jetzt durch eine nicht angekündigte Verlegung verhindert. Ende Juli wurde Benjamin überraschend aus Carabanchel nach Alcala Meco, 50 km außerhalb von Madrid, verlegt. Die Besuchsanträge müssen deshalb neu gestellt werden und so dauert es wieder Monate, bis sie überhaupt von der neuen Knastleitung bearbeitet werden. In Spanien ist das eine der üblichen Methoden, um die Isolation der politischen Gefangenen nach draußen durchzusetzen.

Benjamin wird eine angemessene Gesundheitsfürsorge verweigert:
Benjamin ist HIV-positiv. Er braucht deshalb eine regelmäßige Lebensführung und eine spezielle vegetarische Diät. Durch die 16-monatige Isolationshaft und die Verweigerung von Medikamenten in Berlin war sein Gesundheitszustand schon erheblich verschlechtert. An den monatlich gemachten Blutbildern ließ sich feststellen, daß sich die Zahl der für die Immunabwehr maßgeblichen T4-Zellen sich schon von 400 in Freiheit auf knapp 300 bei der letzten Untersuchung vor der Auslieferung reduziert hatten.
Seit er in spanischen Knästen ist, bekommt Benjamin keine Diät mehr. Nach einem fünftägigen Hungerstreik konnte er in Carabanchel durchsetzen, daß er das Recht auf Schonkost hat. Das ist allerdings - wie die Besuche - mit der Verlegung hinfällig geworden. Die Knastleiterin in Alcala Meco will trotz anderer Meinung des dortigen Knastarztes von einer Diät nichts wissen.

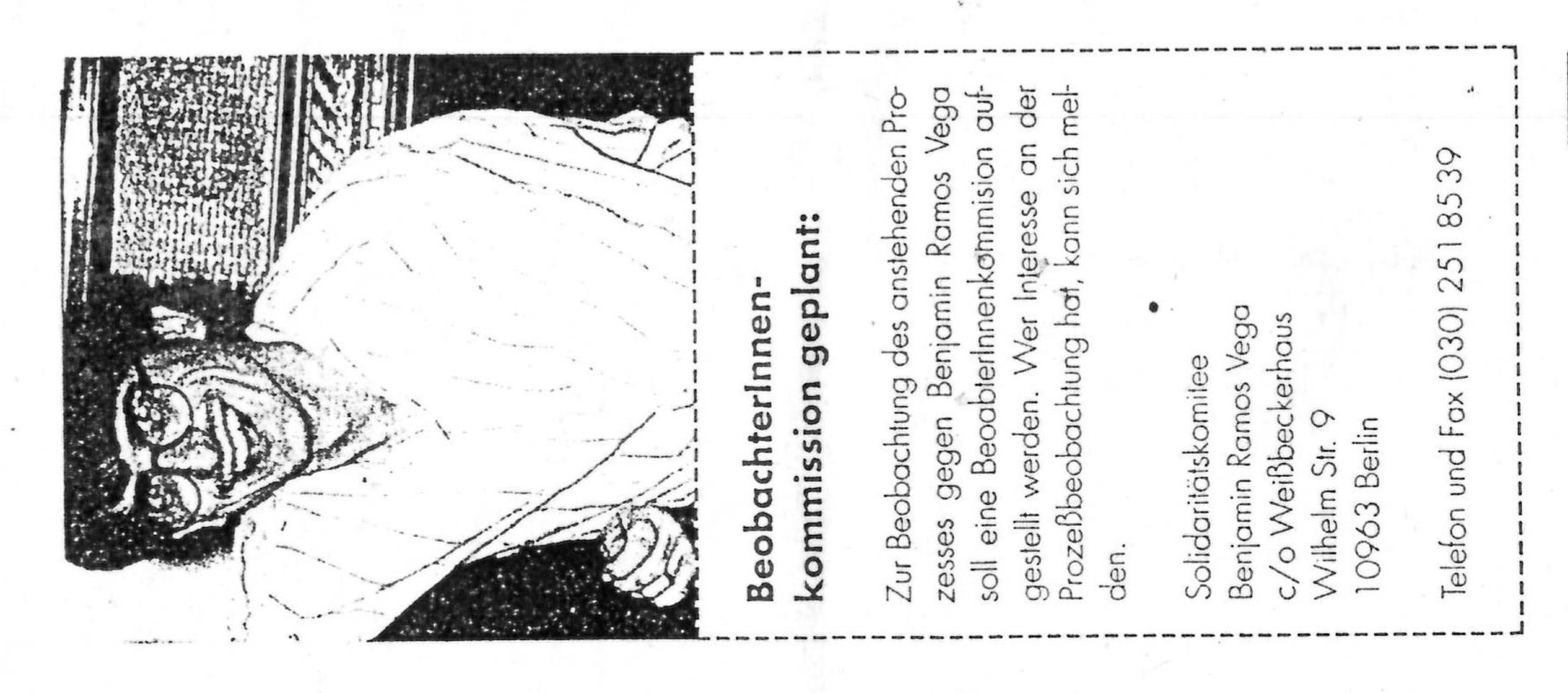
Die Zahl der T4-Zellen ist in den knapp drei Monaten in spanischen Knästen auf unter 200 gesunken!
Angesichts dessen, daß durch die katastrophalen hygienischen Zustände und der notorischen Überbelegung ansteckende Krankheiten wie zB offene TBC in den Knästen verbreitet sind, ist Benjamin durch die Zerstörung seiner Immunabwehr besonders gefährdet.

Benjamin wird der Prozeß mit unter Folter erpreßten Aussagen gemacht werden - wenn wir es nicht verhindern! Es gibt gegen Benjamin kein anderes Belastungsmaterial als die Aussagen von Pipe und Agurtzane und der mithilfe dieser Aussagen aufgefundene Mietvertrag für die konspirative Wohnung. Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat einem Prozeß gegen Benjamin auf dieser Grundlage seinen Segen gegeben: Ermittlungergebnisse, wie der Mietvertrag, die nur duch Folter gewonnen werden, dürfen laut BVG in jedem ordentlich-rechtsstaatlichen Prozeß (auch zukünftig in der BRD) verwendet werden. Ein Meilenstein auf dem Weg der Verrechtlichung und Legitimierung von Folter in der BRD und Westeuropa.
Wir werden versuchen, zu dem Prozeß gegen Benjamin und das Comando Barcelona eine internationale Prozeßbeobachtung zu organisieren.

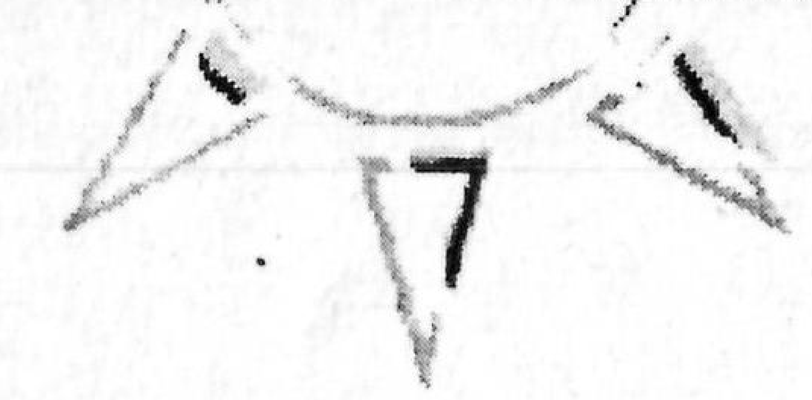
Benjamin ist einer von fast 1000 politischen Gefangenen im spanischen Staat. Aber die Verantwortlichen für die systematische Zerstörung seiner Gesundheit, für die Legitimation von Folter sitzen auch hier: Wir meinen zB den Vorsitzenden des 4. Strafsenats des Berliner Kammergerichts, Dr. Werner Nöldeke und den Zweiten Senat des BVG: Jutta Limbach, Katrin Graßhof und Konsorten!

Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega
Wilhelmstr. 9, 10963 Berlin, Fax 030 -2518539

Schreibt (in spanisch oder mit spanischer Übersetzung) an:
Benjamin Ramos Vega, Centro de Cumplimento Madrid 2, Carretera de Meco, km 5
E - 28885 Alcala de Henares, Madrid, Spanischer Staat







Republik Freies Wendland

Komitee für Auswärtige Angelegenheiten

Wendland, Ende August 1996

Liebe Leute,

Der Aktionstag am 7. September soll in vielerlei Hinsicht die Möglichkeit bieten, aktiv zu werden, Kontakt zu knüpfen und neue Pläne zu schmieden. Damit keiner der genannten Aspekte zu kurz kommt und und ein konkreter Schritt nach vorne gelingt, ist eine Ausweitung des bestehenden Rahmens vorgesehen.

Für Samstag planen wir in unmittelbarem Anschluß an die Kundgebung eine Besichtigung der Bahntransportstrecke Uelzen-Dannenberg. Diese kann gemeinsam erfolgen, Treffpunkt hierfür ist der Dannenberger West(!)-Bahnhof. Es können sich jedoch auch Gruppen allein auf den Weg machen, um sich endlich mal diesen oder jenen Ort genauer anzusehen. Bei einer entsprechenden Vorbereitung ist es unter Umständen sogar möglich, an dem Gleis, das die Bahn AG ja stillgelegt hat und nur noch für eventuelle Castortransporte bereithält, hier und da mit dem Abbau zu beginnen. Auch wenn uns dies an diesem Tag und an dieser Stelle nicht gelingen sollten, halten wir es für richtig, auf der Strecke - und damit in einem für die Gegenseite sensiblen Bereich - Präsenz zu zeigen. Alle Aktionen sollten so angelegt sein, daß wir uns um 17 Uhr bei der Kundgebung am Zwischenlager wieder treffen können. Um diese Ausweitung des Aktionstags auch auf die Schiene vorzubereiten bleibt extrem wenig Zeit. Deshalb haben wir auf einen eigenen Aufruf verzichtet und diesen Weg der Information gewählt.

Unter dem Motto "Bauer meets Autonome - ChaotInnen unter sich" ist für Sonntag ein gemeinsames Frühstück vorgesehen. Das Modell von „Städtepartnerschaften", das sich in Wackersdorf recht gut darin gewährt hat, direkte und persönliche Verbindungen zwischen Einheimischen und Auswärtigen herzustellen und aufrecht zu erhalten, wollen wir auch hier im Wendlend versuchen. Wer also, auch im Hinblick auf einen kommenden Tag X , an einem engeren Kontakt interessiert ist, sollte sich ab 10 Uhr im Gasthaus Santelmann in Gedelitz einfinden.

Um 14 Uhr soll dann vorschlagsweise pünktlich das nächste Delegiertentreffen in den Trebeler Bauernstuben stattfinden. Als Tageordnung schlagen wir vor:

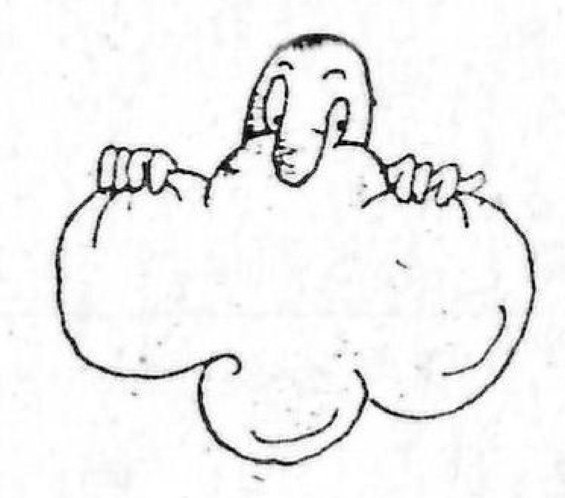
1. kurzer Rückblick auf den Aktionstag
2. noch kürzer der unvermeidliche Stand der Dinge
3. konzentriert und zielgerichtet "Nix hoch 3 - oder: wie kann aus einem Motto eine Kampagne werden?
4. engagiert, doch solidarisch: braucht es ein neues gemeinsames X-minus-Konzept, und wie könnte es aussehen?
5. auf jeden Fall bedenkenswert: Tag X3 was, wann, wie, wo?
6. immer dringlicher: Strukturen!

Wenn die Dinge in Fluß geraten, verschwimmt gelegentlich die klare Linie. Um zu konkreten Ergebnissen zu kommen, und zwar zügig, ist es aber außerordentlich hilfreich, wenn alle Beteiligten wissen, was sie wollen. Mit anderen Worten: bereitet Euch in Euren Gruppen auf das Treffen vor! Überlegt, ob wir zu einzelnen Themen Arbeitsgruppen einrichten sollten; wenn ja, wie Ihr Euch gegebenenfalls aufteilen wollt.

Die Gegenseite schläft nicht: der erste Castor ist bereits beladen, der neue Zaun am Kran ist fertig, der Schienenstrang verlängert. Also trödelt nicht rum! Kommt gut gelaunt, vorbereitet und zahlreich!

Auf ein gutes Gelingen

Nix³ - Botschaften aus dem wendländischen Kiefernwald



Der Castor kommt - der Castor kommt nicht - der Castor kommt...

Soll es dieses Jahr noch weitere Castor-Transporte ins Zwischenendlager Gorleben geben oder nicht? Die Pressemeldungen widersprechen sich, die Zeichen lassen sich nicht leicht deuten. Das niedersächsische Innenministerium hält im Moment noch daran fest, daß 1996 kein Castor mehr gen Gorleben rollen wird, da eine "Sicherung" des Transports nicht zu gewährleisten sei. Erstens hat die niedersächsische Polizei Kapazitätsprobleme durch die angelaufenen Überstunden beim Castor im Mai 1996 und bei den "Chaostagen" im August. Zweitens hält das Innenministerium einen Transport während der dunklen Jahreszeit sowieso für nicht durchführbar: Im Herbst und Winter sind die Nächte so lang, und diese gehören bekanntlich nicht den Machthabern, sondern dem militanten unappetitlichem Pack.
Dessenungeachtet hält die GNS - Gesellschaft für Nuklearservice - als die für die Transporte zuständige Betreibergesellschaft an einem bzw. mehreren Castortransporten im November fest. Nach wie vor favorisiert die GNS die sogenannte "Konvoi-Lösung", bei der mehrere Castor-Behälter aufeinmal eingelagert werden. So sollen - ginge es nach der GNS - im November gleich drei Behälter ins "Zwischenlager" gebracht werden, zwei (mit insgesamt 38 Brennelementen) aus dem AKW Neckarwestheim und einer (ein "alter" Castor mit 8 Brennelementen) aus dem AKW Gundremmingen. Die technischen Voraussetzungen dafür werden im Moment geschaffen: Der Gleisanschluß am Verladekran in Dannenberg wird verlängert und eingezäunt, so daß ein Zug mit mehr als einem Castor an Bord auf dem Verladebahnhofgelände abgestellt und nach und nach ausgeladen werden kann. Baubeginn dieser Maßnahme war am 12. August. Nur eine Woche vorher fand - vom Widerstand weitgehend unbeachtet - ein Probelauf für den nächsten Transport statt. Ein leerer Behälter der neuen Castor-Generation (mit Platz für 19 statt wie bisher 8 Brennelemente) rauschte in Dannenberg ein, wurde verladen und ins Zwischenlager gefahren. Die Vorbereitungen der Gegenseite laufen also auf vollen Touren, nicht nur bei der GNS. Auch Polizei und Bundesgrenzschutz wollten nach ihrer eher kläglichen Vorstellung beim letztenmal die Gelegenheit eines Probelaufs nutzen und neue Vorgehensweisen einüben. Der leere Behälter wurde mit großem Aufgebot gesichert, schweres Gerät an strategisch günstigen Punkten verteilt, ca. 300 DemonstrantInnen sahen sich 8 Wasserwerfern gegenüber, 4 Truppenhubschrauber des BGS kreisten über dem Ganzen, kamen dann aber doch nicht zum Einsatz. Daß die AtomgegnerInnen diesen Probecastor verschlafen haben, hat also wenigstens den Bütteln ihren Testlauf vermasselt. Festzuhalten aber bleibt:

Der Widerstand ist im Sommerloch verschwunden

Obwohl ein weiter Transport in diesem Jahr noch lange nicht vom Tisch ist, laufen die Vorbereitungen für eine neue Kampagne im Moment nur schleppend. Das ist angesichts des gewählten Mottos umso bedenklicher: NIX³ lautet die Parole. Das soll zum Ausdruck bringen, daß es noch keine ausgemachte Sache ist, daß wir den dritten Transport auch nicht verhindern, sondern allenfalls noch besser behindern und noch teurer machen können. Das Ziel ist klar: X³ soll gar nicht erst eintreten, ein dritter Transport soll gar nicht erst losfahren. Ihn zu behindern, wenn er denn losgefahren ist, ist nur die zweitbeste Lösung. Nimmt mensch die Idee ernst, die hinter NIX³ steht, dann ergibt sich, daß der Schwerpunkt einer neuen Kampagne auf das Vorfeld des möglichen Transporttermins gelegt werden muß. Mit anderen Worten: Spätestens ab September müßte es richtig losgehen. Tatsächlich fehlt aber an einer durchdachten Strategie für NIX³ noch sehr viel. Das liegt unter anderen daran, das eine solche von Teilen des Widerstandes auch nicht gewünscht wird.



Zur Situation nach dem letzten Castor

Im großen und ganzen waren die Aktionstage zu X^2 ein voller Erfolg. Es waren viel mehr Menschen da als beim ersten Tag X, alle haben Widerstandserfahrung gesammelt, vieles war praktisch möglich trotz der riesigen Polizeipräsenz. Es kann davon ausgegangen werden, daß sich nach X^2 noch mehr Menschen mobilisieren lassen werden, sich außerdem immer weniger Leute durch den gesetzlichen Rahmen in ihrem Handeln einschränken lassen.
Im Gefolge der letzten Aktionstage, dem z. T. sehr harten Bullenvorgehen und den Auseinandersetzungen zwischen Verladekran und Splietau am Transporttag ist aber natürlich mal wieder eine Diskussion um den Nutzen und die Zulässigkeit einzelner Aktionsformen entbrannt.
Die eine Seite (darunter Teile der BI Lüchow-Dannenberg) schreibt den Erfolg von X^2 weitestgehend der massenhaften Mobilisierung zu und setzt demzufolge für die Zukunft konsequent auf Masse. Wenn es uns gelingt, so die Theorie, beim nächsten Mal 20 000 Leute auf die Beine zu bringen, dann haben wir gewonnen. Weitere Planung erübrigt sich. Friedlicher, massenhafter Protest ist der Weg zum Erfolg. Militante Aktionen oder Anschläge sind in diesem Kalkül nicht so wichtig, schädlich oder gar gefährlich. Ein kurzer Blick auf das Schicksal der Friedensbewegung sollte die Erfolgsaussichten einer Bewegung, die sich auf Massendemonstrationen und Sitzblockaden beschränkt, eigentlich deutlich machen, tut es aber offensichtlich nicht.
Die andere Seite setzt auf Vielfalt und Unberechenbarkeit, auf die gesamte Bandbreite des Widerstands. Sitzblockaden und Schienensägen, Treckerdemonstrationen und Kleingruppenaktionen, gewaltfrei oder militant... - alles hat seinen berechtigten und notwendigen Platz im Widerstand. Das eine würde ohne das andere nicht zum Erfolg führen, und gerade die Mischung macht auch einen großen Teil der Attraktivität des wendländischen Widerstands aus.

"Wenn die jetzt anfangen zu singen, dann mach' ich einen Ausbruchsversuch."

Das Nebeneinander der unterschiedlichsten Aktionsformen erfordert natürlich von allen Beteiligten ein erhebliches Maß an Toleranz. Den einen wird übel, wenn da schon wieder jemand einen Kanon anstimmt, andere fühlen sich durch die räumliche Nähe zu "Chaoten" bedroht, weil sie z. B. glauben, daß die Bullen dann härter vorgehen, oder weil sie der Meinung sind, daß militantes Auftreten die "gute Sache" gefährdet. Wieder einmal steht die "Gewaltfrage" auf der Tagesordnung. So nervig das ist, für alle, die diese Diskussion schon 81mal geführt haben: Wenn der Bedarf besteht, dann muß mensch sich auf diese Diskussion einlassen. Für viele stellt sich die "Gewaltfrage" im Rahmen der Castor-Transporte zum ersten Mal, ein überhebliches Abwinken der alten Hasen kann in dieser Situation nur schaden.

Komm' mit mir ins Abenteuerland

Von den Aktionen gegen die Castor-Transporte geht eine große Faszination aus: Hier sieht mensch, daß erfolgreiche Gegenwehr gegen das, was einer nicht paßt, möglich ist. Hier hat zum ersten Mal seit Jahren eine Teilbereichsbewegung die Aussicht auf einen Etappensieg. Wenn das Wendland ruft, strömt alles zusammen: Einheimische und Auswärtige aus allen Teilen der BRD, jung und alt, BewegungsveteranInnen und Jugendumweltbewegte, Kleingruppen, Einzelpersonen, Neugierige, Aktionswillige etc. Sogar die Autonomen, die sich größtenteils Mitte der Achtziger aus der Anti-AKW-Bewegung verabschiedet hatten, sind wieder dabei. Allerdings verhalten viele Linke sich zur Anti-AKW-Bewegung hauptsächlich aktionistisch: Das Wendland als Abenteuerspielplatz. Das erklärt sich z. T. aus der bisherigen

Strategie: An den Tagen vor einem Transport in Kleingruppen den Landkreis unsicher zu machen, war immer ein notwendiger Teil der Gesamtkonzeption. Hier konnte mensch was tun, was Spaß macht und außerdem noch nützlich ist. Die politische Vermittlung des Widerstands, die Planung und Organisation von Aktionstagen, Vorfeldaktionen etc. wurde dabei größtenteils anderen, zumeist den politisch eher gemäßigten überlassen. Das bedeutet im Endeffekt, daß von einem Ineinandergreifen, einem sinnvollen Zusammenhang der verschiedenen Aktionsformen nur selten gesprochen werden kann. Meistens ist es eher ein Nebeneinanderher, und die Summe aller Aktionen wird dann Kampagne genannt. Eine politische Auseinandersetzung über die politische Stoßrichtung, die eine Kampagne bekommen sollte, über Sinn und Unsinn bestimmter Aktionen zu einem bestimmten Zeitpunkt oder über eine sinnvolle Arbeitsteilung der verschiedenen Flügel innerhalb der Bewegung findet fast nicht statt.

Alles wird gut

Ein politisches Sich-einmischen in die Anti-AKW-Bewegung seitens der Linken wäre unter den gegebenen Umständen so wünschenswert wie notwendig. Zum einen, um der drohenden inhaltlichen Verflachung und der Beschränkung der Aktionsformen auf massenhaften Protest vorzubeugen. Das bisherige Erfolgsrezept - die Einbeziehung der ganzen Bandbreite von Protest und Widerstand, der weitgehende Verzicht auf Distanzierungen - steht zur Disposition. Wenn die, die noch andere Sachen im Kopf haben als den Schutz der wendländischen Heimat und die Beteiligung an Sitzblockaden und Menschenketten, darauf verzichten, sich politisch zu Wort zu melden, wird es nicht sehr schwerfallen, sie künftig zu ignorieren und einen fatalen politischen Kurswechsel durchzusetzen.
Zum anderen wäre ein stärkeres politisches Eingreifen in die Auseinandersetzungen um die Atommülltransporte ins Wendland auch deshalb wünschenswert, weil sich hier eine große Chance bietet, mit Leuten ins Gespräch zu kommen, die die (radikale) Linke sonst nicht erreicht. Beim letzten Transport waren im Wendland 10000 Menschen auf den Beinen, sollte es einen nächsten Transport geben, wird mit noch mehr Leuten gerechnet. Sehr viele davon machen, wie gesagt, dort ihre ersten Widerstandserfahrungen, sehen sich zum ersten Mal mit der geballten Staatsmacht konfrontiert. Die Erfahrungen von X^2 haben praktisch alle in ihrer Entschlossenheit nur noch bestärkt. Die Frage ist, ob es gelingt, daraus etwas dauerhaftes zu entwickeln, ob es gelingt, diese Gelegenheit zu nutzen und klarzumachen, daß es um mehr geht als um die Frage, ob ein weiterer Castor im "Zwischenlager" Gorleben steht oder nicht: Es geht auch um mehr als ums Atomprogramm, um mehr als um die Umwelt: Es muß immer auch um die Gesellschaftsordnung gehen, in der aus Profitgründen über Leichen gegangen wird, und in der so hemmungslos Atommüll produziert werden kann.
Ob es, ausgehend von den Castor-Transporten, gelingt, auch über den Tellerrand des Wendlands hinauszuschauen - daran entscheidet sich, ob wirklich wieder eine Bewegung entsteht, die diesen Namen verdient, oder ob in nicht allzu ferner Zukunft die Atommülltransporte ins Wendland und der Widerstand dagegen zu einem putzigen Ritual verkommen, das von Mal zu Mal getreulich wiederholt wird.

Termine: Was steht an?

Am 7. 9. findet als Auftakt einer Nix³-Kampagne im Wendland entlang der Transportstrecke unter dem Motto „Wir machen dicht" ein Aktionstag statt, zu dem überregional aufgerufen wird. Aktionen sollen sowohl entlang der beiden möglichen Straßenrouten (Hauptstrecke über Gusborn, Ausweichstrecke über Quickborn) als auch an der offiziell stillgelegten Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg stattfinden. Hier kann mensch mal wieder ihre Ortskenntnisse auffrischen, Kontakte knüpfen oder etwa ausprobieren, ob es die Bahn mit der Stillegung der Uelzen-

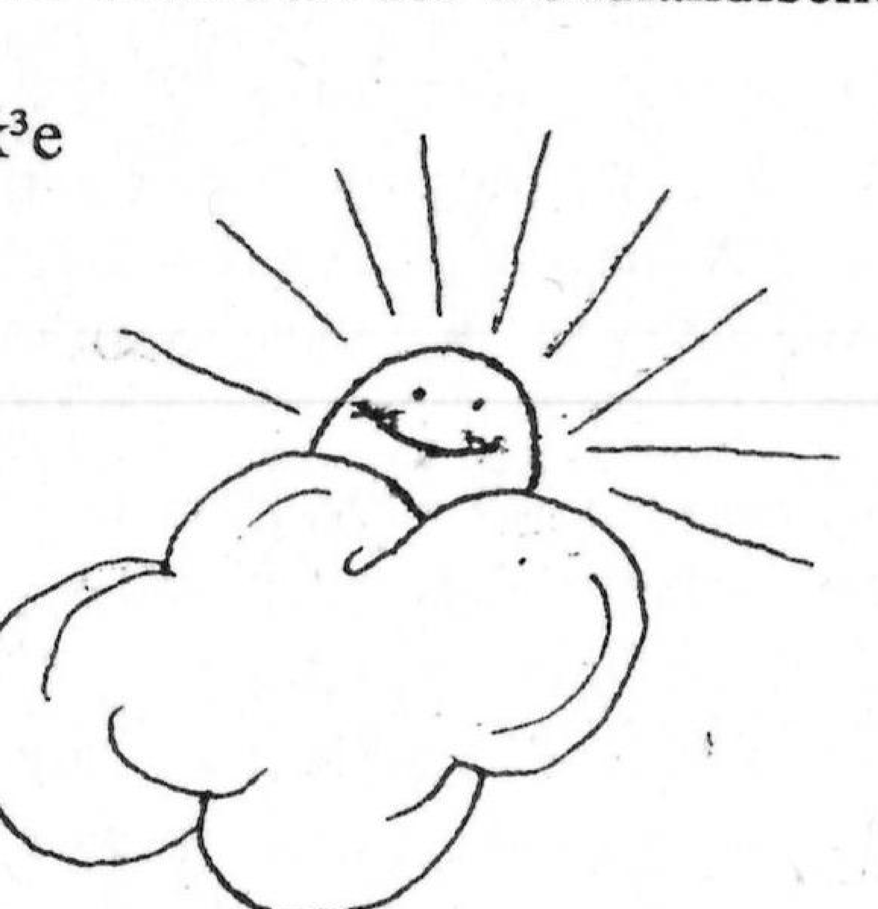
Dannenberg-Strecke so richtig ernst meint oder nicht. Ein praktischer Versuch in dieser Richtung stände ohnehin an.
Geplant und angemeldet sind für den Aktionstag große, öffentlichkeitswirksame Aktionen mit möglichst breiter Beteiligung, ausdrücklich erwünscht sind darüberhinaus gut geplante und sinnvolle Kleingruppenaktionen längs der Strecke.
Um 12.00 Uhr findet in Dannenberg auf dem Marktplatz eine Kundgebung statt, abends gibt's Tanz und Party mit Sound against System am Endlager, tagsüber können sich alle längs der Strecke frei entfalten.
Am 8. 9. findet im Wendland das nächste Delegiertentreffen statt (in Trebel oder Gedelitz, der genaue Ort steht noch nicht fest).
Vom 27.-29. 9. gibt es die wunderbare, legendäre Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Hamburg.

Also, GenossInnen, auf!

Viele Grüße an die wendländischen Sägefische!

Nix³e





die castornixen waren unterwegs in der nacht zum 16.8.96.

"zäune zum fallen bringen bevor sie stehen" war unser motto. deshalb haben wir die firma pengel in dannenberg, die für den bau des zauns und an weiteren arbeiten am castor - verladekran verantwortlich ist besucht.

bei diesem besuch haben wir mehrere zaunrollen zerschnitten.

mit solchen aktionen wollen wir den ausbau des verladekrans behindern.

magst du keine (grünen) bengel
geh zu pengel

kampf der atommafia!!!







Anti-AKW-Sommerkamp '96
c/o StadtpiratInnen
Kranichsteiner Str. 81
64289 Darmstadt
Tel.: 06151/712365
Fax.: 06151/782438



21.08.96

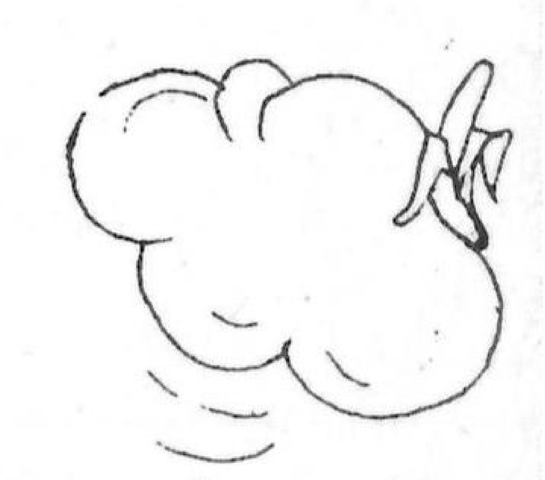
PRESSEMITTEILUNG



DER NORMALBETRIEB IST DER SKANDAL!
Anti-AKW-Sommercamp blockiert AKW Biblis für 95 Minuten!

Am heutigen Mittwoch, 21.08.96, blockierten 50 AKW-GegenerInnen des diesjährigen Anti-AKW-Sommercamps sämtliche Zufahrtsstraßen des AKW Biblis gewaltfrei.

Damit wollten sie verdeutlichen, daß der Normalbetrieb der beiden Blöcke das eigentliche Problem der Atomenergie-Nutzung ist und nicht nur die in der öffentlichen Diskussion brisant behandelten CASTOR-Transporte. Solange Atomkraftwerke betrieben werden, sind CASTOR-Transporte nur Folge dieses Normalbetriebs. Somit haben wir uns entschlossen, nicht nur durch die Blockade des CASTOR, sondern auch durch die Blockade des Normalbetriebs atomarer Anlagen von dieser Fixierung Abstand zu nehmen.



Die Aktion wendete sich ebenso gegen die Wiederinbetriebnahme des Blocks A nach 1,5 Jahren Stillstand. Obwohl die von der der CDU-Landesregierung 1987 aufgestellten Sicherheitsauflagen nicht erfüllt worden sind.

Von Anfang an wurden die ArbeiterInnen darüber informiert, daß sich die Blockade nicht gegen sie persönlich richtet. Nachdem sich bereits ein Rückstau gebildet hatte, traf nach 20 Minuten die Polizei ein. Diese vermochte auch durch Räumungsversuche die friedliche Blockade nicht zu stören. Erst gegen 7.55 Uhr eskalierte die Situation, als ein gewaltbereiter Mob bestehend aus Zivilpolizisten und AKW-Arbeitern voller Aggressionen über uns herfiel. Unter den Augen der uniformierten Polizei wurden die BlockiererInnen rücksichtslos geschlagen, getreten und eine Böschung hinunter geworfen, auf die dort abgestellten Fahrräder geworfen und somit einer imensen Verletzungsgefahr ausgesetzt. Dabei kam es auch zu Übergriffen auf ein Kamerateam (RTL-Hessen live) und einen Journalisten der BILD-Zeitung.



Da wir unsere Blockade für sehr erfolgreich und wichtig halten, sind wir entschlossen, dieser weitere folgen zu lassen.

SOFORTIGE STILLEGUNG ALLER ATOMANLAGEN!

DAS FREIBURGER PFERDCHEN

In einem Freiburger Stadtteil gibt es an gut sichtbarer Stelle eine Bronze-Plastik. Diese Plastik hat die Form eines Pferdchens. Das Pferdchen ist inzwischen allgemein bekannt und beliebt, weil immerwieder nächtliche KünstlerInnen ihm ein neues „outfit" verleihen. Das unterschiedliche Aussehen des Pferdchens wird seit geraumer Zeit von einem Fotografen festgehalten und in Form von Postkarten und Kalender vermarktet.

Die Plastik war innerhalb kürzester Zeit wieder übermalt. Wir gehen davon aus, daß es keine offizielle Postkarte mit dem grün-gelb-roten Pferdchen zu kaufen gibt. Deshalb haben wir selbst eine Postkart gemacht.
Haltet also eure Augen auf - vielleicht findet ihr die Postkarte schon bald in einem Buchladen in eurer Stadt.

Transnationale Konzerne steigen in Australien ins Gefängnisgeschäft ein

Die transnationalen Konzerne haben etwas entdeckt, was wohl die billigste und am besten kontrollierbare menschliche Arbeitskraft auf dem Planeten sein muß: Menschen in Gefängnissen. Corrections Corporation of America hat ein australisches Tochterunternehmen: Corrections Corporation of Australia (CCAust.). CCAust eröffnet demnächst das siebte private Gefängnis in Australien. Darin werden bis zu 200 Frauen und ihre kleinen Kinder gefangengehalten werden. Die meisten der Frauen werden Mütter sein und die meisten von ihnen werden arm sein. Fast alle von ihnen werden nicht für Gewaltverbrechen inhaftiert sein.

Dieses Gefängnis wird im Bundesstaat Victoria im südöstlichen Australien in Deer Park gebaut, einem 27 km vom Stadtzentrum entfernten Vorort von Melbourne. Öffentliche Verkehrsmittel existieren kaum, so daß das Gefängnis schwierig zu besuchen sein wird. Alle in Victoria inhaftierten Frauen sollen in dieses Gefängnis verlegt werden. Andere Frauengefängnisse in Victoria wie Fairlea und der Minimalsicherheitstrakt von Tarrengower sollen geschlossen werden.

Das Startkapital zur Gründung von Corrections Corporation of America kam von Massey Burch, einem Konzern, dessen Reichtum auf der weltweiten Fast Food-Kette Kentucky Fried Chicken basiert. Ein anderer Financier der privaten Gefängnisse ist der Konzern General Electric.

Die Profite aus dem Betreiben privater Gefängnisse entstehen vor allem aus dem Einsatz der Inhaftierten als praktisch unbezahlte Arbeitskräfte. In den Bauplänen des neuen privaten Frauengefängnisses in Deer Park taucht ein großer Industrieblock auf, wo die Frauen gezwungen sein werden, in stumpfsinniger Fließbandarbeit Low Tech Massengüter für beinahe nichts an Gehalt zu produzieren. Sie werden keinerlei Kontrolle über ihre Arbeitsbedingungen haben.

Private Gefängnisse sind kommerzielle Unternehmen. In der Gesetzgebung zur Informationsfreiheit gibt es Sonderklauseln aus Gründen kommerzieller Vertraulichkeit, durch die Firmen die Beantwortung von Informationsanfragen verweigern können. Dadurch wird es viel schwieriger herauszufinden, was wirklich hinter den privaten Gefängnismauern passiert. Der Mangel an verfügbaren Informationen verringert die Kontrollmöglichkeiten.

Es ist denkbar, daß transnationale Konzerne, die die Kontrolle über Australiens Gefängnisse haben, auch Einfluß auf die Innenpolitik des Staates nehmen. Da die Motivation hinter privaten Gefängnissen Profit ist, könnte dieser Einfluß Inhaftierungsraten und Haftdauer steigern. Mehr Gefangene sind für die Multis gleichbedeutend mit mehr Geld, weil die inhaftierten Menschen als praktisch unbezahlte, vollkommen kontrollierbare Arbeitskräfte für die Gefängnisindustrie eingesetzt werden.

Das Profitinteresse hinter privaten Gefängnissen wird wahrscheinlich auch die ohnehin schon minimalen Programme für Bildung, Gesundheits- oder Berufsausbildung der Gefangenen reduzieren. Es ist unwahrscheinlich, daß ein profitorientierter Konzern Geld einfach zum Wohle seiner Gefangenen ausgeben wird. Das neue städtische Frauengefängnis von Corrections Corporation in Deer Park spart zum Beispiel auch Geld durch den Einsatz moderner Technologie. Videoüberwachung macht es möglich, alle Frauen und Kinder in Zellen zu verschließen und nur zwei Aufseher an den Überwachungsbildschirmen zu beschäftigen.

Eine weitere Zukunftssorge entsteht aus der Überlegung, daß die transnationalen Konzerne die wahrscheinlichsten Kandidaten sind, um eine künftige Form von Weltregierung zu errichten. Während der Schaffensphase einer neuen Weltordnung ist es eine unangenehme Vorstellung, daß die Privatisierung der Gefängnisse zum weltweiten Trend wird und all diese Gefängnisse dann von Konzernen kontrolliert werden.

In Australien regt sich jedoch Widerstand gegen die Privatisierung der Gefängnisse. Am Sonntag, den 19. Mai 1996 umringten 2.500 Menschen zum vierten Mal das Fairlea-Gefängnis. Die demonstrierenden Menschen kamen aus allen Teilen der Gesellschaft.

Das Fairlea-Gefängnis wird noch diesen Monat geschlossen werden, genau 40 Jahre nach seiner Eröffnung. Das wertvolle Innenstadtgrundstück, auf dem das Gefängnisgebäude steht, wurde bereits verkauft. Fairlea war das fünfte Spezialgefängnis für Frauen in Australien. Während seiner Existenz wurde dort das Leben vieler Frauen und ihrer Kinder und deren Familien durch Inhaftierung und das Strafregime zerstört. Als die Frauen 1982 gegen die erniedrigende Strafbehandlung protestierten, kamen drei Frauen in einem Feuer ums Leben. Seitdem sind dort noch drei weitere Frauen gestorben.

Während der Demonstration am 19. Mai warfen die inhaftierten Frauen Toilettenpapierrollen und Teller über die Mauern, versammelten sich und sangen, damit die Menschen draußen sie hören konnten. Während der Zug der 2.500 Menschen um das Gefängnis wanderte, folgten ihnen die Frauen drinnen entlang des hohen Stacheldrahtzaunes 4 Meter vor der inneren Betonmauer des Knastes. Die äußere Gefängnismauer besteht aus mehrere Meter hohem, glatten Beton mit Eisensplittern und Stacheldraht auf der Kuppe. Das Tor ist eine schwere, elektrisch betriebene Rolltür aus Metall. Wärmeempfindliche Überwachungskameras kontrollieren das Tor und alle Gefängnismauern von innen und außen. Das Gefängnis ist eins der mittleren Sicherheitsstufe.

Zwei Sprecherinnen der Demonstration waren Amanda George von der Gruppe Women & Imprisonment und Catherine Gow von der Peoples Justice Alliance. Es folgt ein Auszug aus Amandas Rede, die sie per Lautsprecher an die Frauen hinter den Mauern richtete.

„Frauen von Fairlea! Die Unterwerfung des Zwangs der Inhaftierung unter Profitinteressen hat bereits zu einer Einschränkung unseres Rechts auf freie Meinungsäußerung über die Dinge geführt, die euch dort drinnen angetan werden. Frauen im Gefängnis! Falls ihr es noch nicht gewußt habt: ihr habt einen kommerziellen Wert. Und deshalb gefährden wir mit unserer Kritik an diesen Unternehmen deren kommerziellen Ruf und sind ihrer Diskriminierung ausgesetzt. Wir haben über die schrecklichen Dinge berichtet, die im Gefängnis geschehen. Wir haben gegenüber der staatlichen Regierung über diese wirklich wichtigen Themen gesprochen und uns nicht von der Diffamierung einschüchtern lassen. Doch weil ihr jetzt kommerzielle Güter geworden seid, können wir nicht mehr so viel Informationen über euch erhalten. Klar ist jedoch, daß während

der 200jährigen Geschichte der Gefängnisse in diesem Land die charakteristischen Merkmale der Frauen in den Gefängnissen dieselben geblieben sind. Sie sind die ärmsten Mitglieder der Gesellschaft, Frauen, die durch Sex überleben mußten, Frauen, die sexuelle und physische Gewalt überlebt haben, sowie indigene australische Frauen. Im Staat Victoria sind indigene Frauen hinter genau der Gefängnismauer, auf die wir gerade blicken und hinter der ihr gefangen seid, 50fach überrepräsentiert. (...)"

„Frauen von Fairlea! Jeden Tag pressen die korrigierenden Dienstleistungsbetriebe eure Leben in ein Statistikdokument. Das nennt man das 'Bestandsmuster'. Wir konnten zusehen, wie der Premier von Victoria Jeff Kennett diesen 'Warenbestand' an Frauen an der New Yorker Börse den größten privaten Gefängnisunternehmen der Welt feilbot. In den letzten 12 Monaten habt ihr es ermöglicht, daß ihre Aktien von 12 Dollar auf 68 Dollar kletterten. Vielleicht werdet ihr dafür einmal mit einer Corrections Corporation of Australia Uhr belohnt werden. Diese CCA-Armbanduhren tragen schließlich auch ihre leitenden Angestellten. Vielleicht gibt es dann eine Gefängnisausgabe.

Am Freitag veröffentlichte die Gruppe Women & Imprisonment die Ergebnisse einer Untersuchung. Danach mußtet ihr 100 Frauen hinter diesen Mauern über die letzten 2 Jahre 13.000 Leibesvisitationen über euch ergehen lassen. Ihr mußtet euch nackt ausziehen, nach vorn beugen und für die Beamten die Backen auseinanderziehen. 13.000 Mal! Sandford, die Sprecherin des Ministers, erklärte am Freitag in der Zeitung Herald Sun: 'Bei diesen Visitationen wird nach Drogen, Waffen und Schmuggelware gesucht. Sie dienen der Sicherheit der Gefangenen...', also euch selbst, euren Mitgefangenen und den Gefängnisangestellten. Auf unsere Anfrage hin erhielten wir die Information, daß bei den 570 Leibesvisitationen während eines Monats nichts anderes als 2 Zigaretten gefunden wurde."

Bei einer Leibesvisitation müssen sich die Frauen vor mindestens zwei männlichen oder weiblichen Gefängniswachen nackt ausziehen. Man befiehlt ihnen, für die Inspektion den Mund weit zu öffnen. Dann müssen sie ihre Brüste anheben, damit die Wachen darunter nachsehen können. Als nächstes müssen sie ihre Arme austrecken, damit ihre Achselhöhlen untersucht werden können. Danach befiehlt man ihnen, sich umzudrehen, so daß die Wachen hinter ihnen stehen, ihre Füße zu heben und mit den Zehen zu wackeln. Dann müssen sie sich nach vorn beugen und mit den Händen ihre Backen auseinanderziehen, damit die Wachen ihren Anus und ihre Vagina sehen können. Viele der Frauen, die diesem permanenten Mißbrauch ausgesetzt werden, wurden bereits zu Opfern von sexuellen Übergriffen und Gewalt. Viele der Frauen sind deshalb eingesperrt, weil sie Drogen nahmen, um die Schmerzen aus solchem vorangegangenen Mißbrauch zu lindern.

Obwohl dieser gnadenlose sexuelle Mißbrauch von inhaftierten Frauen offiziell dazu dienen soll, den Schmuggel von Drogen ins Gefängnis zu verhindern, zwingen die Gefängnisbediensteten von Fairlea die Frauen aktiv, staatliche Drogen wie Largactyl, Mellaril und Stellazin einzunehmen. Von den 110 Frauen im Fairlea-Gefängnis wurden 87 von den Wärtern auf schwache Tranquilizer gesetzt. Diese Drogen betäuben den Körper und das Gehirn, denn mit Zombie-Gefangenen wird die Gefängnis-Verwaltung angeblich einfacher. Über eine Frau, die von Bediensteten des Pentrige-Gefängnisses bis zur Bewußtlosigkeit mit Drogen vollgepumpt wurde, stand anschließend im Bericht, sie *„war gut auf die Nachtruhe vorbereitet"*.

Die regelmäßig von den Wachen mit Drogen behandelten Frauen *„werden ohne dokumentierte medizinische oder pharmazeutische Informationen entlassen. Sie kehren in ihre Gemeinden zurück ohne zu wissen, was mit ihnen gemacht wurde und welche Auswirkungen das auf sie hat, oder wie sie eine Entziehung machen können. In den Gemeinden gibt es keinerlei Hilfseinrichtungen. So erstaunt es nicht, daß nach diesem Drogencocktail und dem Gefängnisleben viele Frauen schon bald nach der Entlassung sterben."*

Die Gefängnisexistenz ist so kalt, rauh, entwürdigend und brutal, daß Frauen dazu gebracht werden, es zu akzeptieren, daß ihr Geist von den Drogen betäubt wird, die ihnen die Wachen permanent anbieten, um die unerträgliche Realität abzudämpfen. Nach der Entlassung müssen viele Frauen erkennen, daß ihr ganzes Leben von ihren Erfahrungen und dem, was ihnen und ihren Familien angetan wurde, zertrümmert worden ist. Für diese Frauen ist der Tod eine Erlösung.

In dem neuen privaten Frauengefängnis in Deer Park gibt es neben dem Industrieblock 40 Strafzellen und 40 Überwachungskameras (In Fairlea gab es keine Kameras in den Zellen). In den Zellen brennt 24 Stunden Licht und 24 Stunden lang läuft eine Mikrofonanlage, die auch eine akustische Überwachung ermöglicht. Die 24-Stunden Beleuchtung wirkt sich auf die Funktion der Zirbeldrüse im Gehirn aus und verursacht schwere Schlafstörungen und emotionale Reaktionen. Wie Pflanzen beginnen Menschen, die um ihre Ruhemöglichkeit in normaler Dunkelheit beraubt werden, körperlich zu leiden. In Fairlea-Gefängnis wurde die 24-Stunden Gegensprechanlage von den Wachen mißbraucht, um Frauen in der Nacht vor dem Termin für ihren Bewährungsantrag die ganze Nacht wach zu halten. Die Wachen kratzten einfach mit einem Stift über das Metallgitter des Mikrofons an ihrem Ende der Anlage. In der Zelle konnte die Frau die Anlage nicht abschalten. Auch den Lichtschalter kontrolliert die Wachen von außerhalb der Zelle.

„Eine der wichtigsten Waffen, die Gefängnisverwaltungen gegen Frauen in der Hand haben, sind Kinder und die Besuche der Kinder. Auch die Strafdientsleistungsbetriebe geben dies offen zu. Mütter und ihre Kinder sollen ihre Beziehung durch einen dreistündigen Besuch pro Woche aufrechterhalten. Ein weitere Stunde wird ihnen gewährt, um die Beziehungen zu anderen wichtigen Personen in ihrem Leben zu erhalten. Eine der Strafen für Frauen, die eine Leibesvisitation oder einen Urintest verweigern, oder deren Urintest Drogenspuren aufwies, ist das Verbot des Besuchs ihrer Kinder." Dadurch wird das Menschenrecht der Kinder auf ihre Familie verweigert.

1995 gelang es der Verwaltung des Fairlea-Gefängnisses, einen Richter zu überzeugen, daß Fußfesseln der Ablaufverwaltung dienen und keine Strafe sind. Frauen, die im Gefängnis aus Verzweiflung vor dem Selbstmord stehen, können *„zu ihrem eigenen Schutz"* gefesselt werden. Eine Gang von männlichen Wärtern zieht sie nackt aus und zwingt sie dann in rauhe Leinensäcke mit Löchern, die Arme, Kopf und Beine darstellen sollen. Dann wirft man sie in Überwachungszellen mit 24-stündiger Neonbeleuchtung und einzig einem Leinentuch auf dem Betonboden oder einem *"Bett"* aus Metallfedern. Frauen können vor und nach jedem Besuch gezwungen werden, sich auszuziehen und ihre Genitalien zu zeigen. Andernfalls kann ihnen der Besuch verweigert werden. Die Wachen klären die Gefangenen nicht immer auf, daß es auch die Möglichkeit eines Besuchs ohne Körperkontakt gibt. Gefängnispsychiater suchen sie dann in ihrer Zelle auf, um sie zu fragen, warum sie denn so verärgert wären. Als ob es ein großes Mysterium wäre, daß eine Frau, die fast totalen physischen, sexuellen und rechtlichen Mißbrauch erleiden müßte, wütend wird.

„Frauen im Fairlea-Gefängnis sind selbst aktiv geworden, um vom Gesetz Gerechtigkeit zu verlangen. Sie richteten Beschwerden an die Gleichbehandlungskommission und an die Aufsichtsbehörde. Ein ehemaliger Gefängnisdirektor von Fairlea wurde von den Frauen wegen Mißbrauchs verklagt. Die Regierung und die privaten Unternehmen können sicher sein, daß die inhaftierten Frauen auch weiterhin ihre schwindenden Rechtmöglichkeiten nutzen werden und jeden vorstellbaren Weg gehen werden, um die Welt wissen zu lassen, was Frauen im Gefängnis angetan wird, insbesondere Frauen in dem neuen Privatgefängnis in Deer Park. Frauen von Fairlea! Wir werden euch zuhören! Wir werden hinsehen und wir werden uns öffentlich äußern! Wo auch immer ihr seid, wir werden da sein!"

Kontakt:
Email an Shannon Merika:
shannonm@cin.gov.au

Empfaenger : /CL/PRESSE/TICKER
Absender : TREND@TBX.berlinet.de
Betreff : radikal
Datum : Mo 02.09.96, 22:37
Groesse : 2301 Bytes
Software : CrossPoint v3.11 (unregistriert)

TREND ONLINEZEITUNG FUER DIE ALLTAEGLICHE WUT
http://www.berlinet.de/trend
MAILTO: ted@tbx.berlinet.de

DIESE NACHRICHT ERREICHTE SOEBEN DIE TREND REDAKTION

From: "radio de Vrije Keyser" <keyser@magigimmix.xs4all.nl>
To: p_trend@zelator.berlinet.de
Date sent: Mon, 2 Sep 1996 17:51:19 +0000
Subject: OBERSTAATSANWALT WILL 'RADIKAL' IM NETZ SPERREN LASSEN
Priority: normal

OBERSTAATSANWALT WILL 'RADIKAL' IM NETZ SPERREN LASSEN

Mo, 2.9.1996 -- Offenbar plant die Deutsche Justiz eingreifen im Internet wegen 'Terrorismusverdacht'. Aus Kreisen des Vereins fuer Deutsche Internetproviders ECO wurde die Niederlaendische Internetprovider Xs4all mitgeteilt dass der Oberstaatsanwaltschaft plant alle Deutsche Internetprovider zu verpflichten die Zugang ihrer Kunden zu World-Wide-Web-Computer zu sperren, die die Untergrund-Zeitung 'radikal' behalten.

Im moment gibt es nur eine Adresse wo 'radikal' im Netz zu lesen ist. Die Amsterdammer "Solidariteitsgroep Politieke Gevangenen" (SPG) hat 'radikal' auf ihre Webseite veroeffentlicht "als Massname die freie und unzensurrierte Austausch und diskussion zwischen linke Gruppen und Personen zu gewaehrleisten, ohne dabei vom Deutschen Staat gehindert zu werden". Eine Sperre wuerde verursachen dass keiner der ueber 2000 auf Xs4all angebotene Webseiten mehr zu lesen ist in Deutschland.

Ein Sprecher der SGP hat gesagt, dass die Gruppe die in die Niederlaende nicht verbotene Zeitung 'radikal' nicht aus dem Netz-Angebot entfernt. Auch Xs4all habe die SGP nicht gefragt das zu tun. Die 'radikal'-Seiten werden taeglich von circa 200 Internetbenuetzer besucht. Es ist nicht das erste Mal dass eine Organisation versucht auf Xs4all angebotene Webseiten zu verbieten. Vor ein Jahr hat die Scientology-Kirche versucht "Geheimdokumente" von die Xs4all-Computer holen zu lassen. Aus Protest hat ein grosses Teil der Xs4all-Kundschaft damals diese Seiten auf Computer durch dem ganzen Welt verbreiten lassen.

Die 'radikal'-Adresse ist:
http://www.xs4all.nl/~tank/radikal

radio de Vrije Keyser
96.2 FM Amsterdam
keyser@xs4all.nl

TREND ONLINEZEITUNG FUER DIE ALLTAEGLICHE WUT
http://www.berlinet.de/trend
MAILTO: ted@tbx.berlinet.de
CrossPoint v3.11

Empfaenger : /CL/PRESSE/TICKER
Absender : TREND@TBX.berlinet.de
Betreff : DEUTSCHE BEHRDEN WOLLEN XS4ALL ZENSIEREN
Datum : Di 03.09.96, 09:29
Groesse : 3464 Bytes
Software : CrossPoint v3.11 (unregistriert)

----

trend://www.berlinet.de/trend/ - onlinezeitung fr die
alltgliche wut
mailto: ted@tbx.berlinet.de

==

++++ URGENT ACTION NEEDED +++++
++++ DEUTSCHE BEHRDEN PLANEN, INTERNETZUGANG ZU XS4ALL
ZU SPERREN, WEIL SIE "RADIKAL" INS NETZ STELLEN ++++

==

TREFFT VORKEHRUNGEN - SPIEGELT DIE SEITEN - VERBREITET SIE IM NETZ!!!

==

<<<<<In Auszgen weitergeleitete Nachricht:>>>>>

Sender: owner-spg-l@asterix.xs4all.nl
From: tank <tank@xs4all.nl>
Date: Mon, 2 Sep 1996 22:31:16 +0200 (MET DST)

==

Subject: Radikal: German State tries to forbid left-wing newspaper.
Urgent action needed.

Today 2-9-1996, our ISP XS4ALL got a phonecall that the German Authorities are planning to force German Internet Providers to shutdown all traffic from and to XS4ALL. This because of the Radikal-pages on the xs4all WWW-server.
We are calling for people to mirror this site. Our goal is that in the shortest possible time Germany will cut off all IP-traffic comming from and going to all other countries (We aim to make Germany cut off all IP-traffic in the shortest possible time), so that they will isolate and senzor their own "digital highway". Help germany to isolate itself. Download a copy of this site and make a mirror.

http://www.xs4all.nl/~radikal

We, Solidaritygroup with Political Prisoners, have started this site after the attack from the german goverment in summer'95 in solidarity with the people who were jailed after a brutal raid then, and because we find it important that the Radikal can be distributed without (german) gouvernement interverance.

Attached is a letter of Felipe, chairman of XS4ALL(........)

SPG-Amsterdam (2nd september 1996)

==

First reaction of Felipe, chairman of XS4ALL:
Date: Monday, 02-Sep-96 01:15 PM
From: Felipe Rodriquez
Subject: Radikal website(http://www.xs4all.nl/~tank/radikal/index.htm) forbidden in Germany

Hello,

Today XS4ALL heard from a colleague provider in Germany that soon the access to XS4ALL will be closed for german internet users. This is because of the webpages of the magazine 'Radikal' that are on XS4ALL.

http://www.xs4all.nl/~tank/radikal/index.htm

This magazine is illegal in Germany because so-called TERRORISTS are said to be part of the organisation and because the magazine is said to calling for radical actions against the german gouvernment.

The only way for them to block access to this site, is to block out XS4ALL completely, we expect this to take place shortly.

Xs4all is not planning to ask Radikal to find another provider, neither from the Dutch gouvernment nor from the German gouvernment have there been formal requests towards Xs4all.

People who feel the need to donate webspace to Radikal can contact tank@xs4all.nl, spreading the information makes it harder to block specific sites such as xs4all.

Felipe

This is a E-mail from the db-nl mailing list, sent by Felipe Rodriguez, chairman of xs4all.nl

==

trend onlinezeitung fr die alltgliche wut <<<http://www.berlinet.de/tren
CrossPoint v3.11

Versuchsfeld mit gen-verändertem Mais verwüstet

■ *Forschung „um ein Jahr zurückgeworfen"*

BM Schönfeld, 21. Aug. Unbekannte Täter haben im Landkreis Barnim ein Versuchsfeld mit gentechnisch verändertem Mais teilweise zerstört. Der Pflanzenschutzmittelhersteller AgrEvo AG (Berlin) bezifferte den Sachschaden gestern auf rund 150 000 Mark. Nach Polizeiangaben wurde der Anschlag auf einem Acker in Schönfeld bereits vor einigen Tagen verübt. Auf einer Fläche von 250 Quadratmetern seien Maispflanzen abgebrochen und zertreten worden.

Das Feld gehört zu einer 1994 gestarteten Versuchsreihe der AgrEvo AG, einer Tochtergesellschaft der Hoechst AG (Frankfurt am Main) und der Schering AG (Berlin). Es wurde von einem holländischen Unternehmen bepflanzt. Auf dem Feld sollte die Resistenz von gentechnisch verändertem Mais gegenüber dem Pflanzengift „Basta" getestet werden. Der Schönfelder Versuch war Bestandteil des Genehmigungsverfahrens für die amtliche Zulassung der Pflanzen.

„Unsere Arbeit am Standort Schönfeld wurde durch den Anschlag um ein Jahr zurückgeworfen", erklärte Projektleiter Johann Wilhelm Glameyer. Er gehe davon aus, daß es sich bei den Tätern nicht um Gentechnikgegner aus der Region handele, mit denen man im kritischen Dialog stehe.

Auch in anderen Bundesländern ist es auf Versuchsfeldern mit gentechnisch veränderten Pflanzen immer wieder zu Zerstörungen gekommen. In Brandenburg war vor einigen Wochen bereits ein Acker mit genveränderten Kartoffelpflanzen in Golm (Kreis Potsdam-Mittelmark) verwüstet worden. *dpa*

Grevesmühlen : Gewaltsamer Polizeieinsatz

■ 700 Polizisten gegen 150 Demonstranten: Einsatztrupps lösen verbotene Demo gegen die angeblichen Brandtäter von Lübeck gewaltsam auf. Schaulustige applaudieren

die tageszeitung ■ Montag, 2. September 1996

Lübeck (taz) – Sie waren nach Grevesmühlen gefahren, um „den Tätern auf die Pelle zu rücken" – doch dazu blieb den rund 150 überwiegend aus Berlin angereisten DemonstrantInnen keine Zeit. Als sie am Samstag um 17.20 Uhr auf dem Bahnhof der mecklenburgischen Kleinstadt eintrafen, wurden sie von rund 700 Polizeibeamten in Empfang und dann allesamt bis in die frühen Morgenstunden in Gewahrsam genommen.

Zuvor hatten sich rund 300 vorwiegend aus der autonomen Szene stammenden DemonstrantInnen in der Lübecker Innenstadt versammelt, um dort friedlich gegen die Ermittlungspraxis im Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in der Hafenstraße zu protestieren. Bei dem Anschlag waren im Januar zehn Menschen ums Leben gekommen. Die ProtestlerInnen kritisierten die Einstellung der Ermittlungen gegen vier rechtsgerichtete Jugendliche aus Grevesmühlen und Umbebung, die sich in der Tatnacht in der Nähe des Brandortes aufgehalten hatten. Ursprünglich sollte die Demonstration in Grevesmühlen stattfinden, war aber wegen befürchteter Ausschreitungen verboten worden.

Die Hälfte der Lübecker ProtestlerInnen wollte sich ihr Versammlungsrecht nicht nehmen lassen und stieg anschließend in den Zug nach Grevesmühlen, um dort eine kurze Kundgebung abzuhalten. Auf dem Grevesmühlener Bahnhof ging die Polizei gegen die verbotene Versammlung mit äußerster Härte vor. Ohne Vorwarnung stürmten Einsatztrupps auf die von ihnen eingekesselten DemonstrantInnen zu und knüppelten wahllos in die Menge. Mehrere ProtestlerInnen wurden dabei verletzt. Anschließend zerrten die Beamten einzelne Personen aus der Gruppe, brachten sie gewaltsam zu Boden und legten ihnen Plastikfesseln an. Die Polizeiaktion fand unter dem Applaus von rund hundert am Bahnhof versammelten Schaulustigen statt, darunter auch etliche Skinheads, die die DemonstrantInnen mit Hitlergruß und faschistoiden Parolen „begrüßt" hatten.

Die in Gewahrsam genommenen Personen wurden zu verschiedenen Sammelplätzen in Grevesmühlen und Boltenhagen gekarrt und dort bis in die frühen Morgenstunden festgehalten. Ein Schweriner Polizeisprecher begründete den Einsatz mit einer von der Demo angeblich ausgehenden „Gefahr für die öffentliche Sicherheit". Einzelne Beamte machten gegenüber den Festgenommenen hingegen deutlich, daß sie das Vorgehen für unangemessen hielten. Ein Polizist: „Ich bin ja nur ein kleines Glühwürmchen, und wenn der große Strahler sagt: Abräumen!, dann muß ich abräumen."

Marco Carini

E.A. INFO

Wir sind ziemlich überrascht von der Vorgehensweise der VeranstalterInnen der Demo in Grevensmühlen. Scheinbar war weder in Lübeck noch in Hamburg ein E.A. abgeklärt, was eigentlich naheliegend gewesen wäre. Ziemlich viele Leute haben hier bei uns ihre Festnahme nur auf den Anrufbeantworter sprechen können.
Wir haben hier für den E.A. in Berlin schon lange den bekannten Grundsatz, vor einer Demo angesprochen zu werden, damit euch und uns klar ist, daß der E.A. besetzt ist.
WIR SITZEN HIER NICHT AUTOMATISCH BEI JEDER DEMO UND WOLLEN AUCH NICHT SO FUNKTIONALISIERT WERDEN!!!!!
Damit es nicht wieder zu Enttäuschungen kommt, hier noch einmal die Aufforderung an die OrganisatorInnen von Demos, sich vorab mit uns abzusprechen!! Dsa ist natürlich erstrecht bei auswärtigen Demos wichtig.

Der Berliner E.A.

Bundesweite FrauenLesbenDemonstration

28.09.1996 in Kassel

Wir rufen zu dieser Demonstration nach Kassel, vor dem Hintergrund des Angriffs der Stadt Kassel gegen das Autonome Frauenhaus, auf.
Mit der Bundesweiten FrauenLesbenDemonstration wollen wir all jene feministischen Kräfte zusammenbringen, die die Notwendigkeit einer Organisation und Verknüpfung der unterschiedlichen Spektren feministischen Widerstands als zwingend notwendig erachten, im Kampf gegen staatliche Spaltungs- und Einbindungsstrategien, gegen Kriminalisierung, Ausgrenzung, Repressions- und Zerstörungspolitik, die alle dem selben Ziel dienen: der Zerschlagung feministischer Ansätze, Zusammenhänge und Strukturen.
Und wir wollen all jene linke und linksradikale Feministinnen zusammenbringen, die aus dem Widerstand die Solidarität im Kampf für eine HERRschaftsfreie Gesellschaft ableiten.

Zur Durchsetzung der sog. "Neuen Weltordnung" ist in den Metropolen die Umstrukturierung der Gesellschaft zu einer ruhiggestellten, lenkbaren Masse von IndividualistInnen erforderlich. Sie ist eine der Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung des modernen patriarchalen Kapitalismus in der Großmacht "Deutschland".
Auf diesen Hintergrund sind die umfassenden staatlichen Angriffe gegen antiimperialistische, antifaschistische, feministische Gruppen und Projekte; gegen Menschen, Gruppen und Organisationen, die in der BRD für die Befreiung in ihren Herkunftsländern kämpfen, zu bewerten.
Die präventive Aufstandsbekämpfung bedient sich der unterschiedlichen Methoden des "Teile und Herrsche"- Prinzips, und trifft die Linke der BRD im desolaten Zustand eines Zerfallsprozesses, der auch Folge von Spaltung, Repression, Kriminalisierung und Vereinnahmung ist.
Spaltung wird auf den unterschiedlichen Ebenen versucht, sei es durch die Kriminalisierung einzelner Gruppen und Projekte (z.B. 'Radikal') und damit auch einzelner Menschen und politischer Inhalte; sei es durch die immer repressivere Ausländer- und Asylgesetzgebung, die Menschen in AusländerInnen und Deutsche sowie MigrantInnen in "Legale" und "Illegale" spaltet; sei es durch das Verbot der PKK, das Menschen in "böse ExtremistInnen" und "gute Hilfesuchende" spaltet.

Entlang der Frauenprojektepolitik setzen Spaltungsversuche auf anderen Ebenen an: Inhaltliche Forderungen der Frauen(projekte)bewegung werden aufgegriffen, durch die demokratische Mühle gedreht und somit nutzbar gemacht für die Befriedung von Widerstandspotential. Es resultieren daraus "Angebote" an die Projekte, entweder an der oben beschriebenen Umstrukturierung, im Glauben an realen Fortschritten, mitzuwirken oder zerschlagen zu werden. "Vereinnahmung" und "Integration" sind die Zauberworte. Sie greifen auf Grundlage des staalichen Zugriffs durch öffentliche Finanzierung und mangelnde inhaltliche und personelle Verknüpfung mit der radikalen FrauenLesbenBewegung.



Autonome Frauenhäuser sind in den 70er Jahren aus der feministischen FrauenLesbenBewegung entstanden. Männergewalt wurde als gesellschaftliches Herrschaftsmuster erkannt, als Teil struktureller patriarchaler Gewalt, die innerhalb des Sytems von Ausbeutung und Unterdrückung eingesetzt wird.
Über die Diskussion und Praxis von Projektepolitik versus radikalem Feminismus, über die Staatsknete- und Sozialarbeitsdebatten machten Frauenhäuser und andere feministische Projekte eine Entwicklung durch, die in ambivalentem Verhältnis zu radikal-feministischer Theorie und Praxis steht. Trotzdem haben Teile der Frauenprojektebewegung, aufgrund ihres feministischen Ansatzes immer auch politische Widerständigkeit und Solidarität konträr der staatlichen Macht- und Gewaltverhältnisse praktiziert.
Insbesondere jetzt – in einer Zeit des gesamtgesellschaftlichen back-lash und gleichzeitig medienwirksam verkaufter Pseudoliberalität gegenüber sogenannter "Emanzipation" – ist von Staatsseite eine Doppelstrategie gegen die FrauenLesbenProjekte eingeleitet worden:
Es wird direkter Druck über Kürzungen oder Streichungen von Geldern ausgeübt, gleichzeitig werden staatliche Interventionsprogramme gegen sog. "häusliche Gewalt" aus dem Boden gestampft und die Projekte unter Existenzdruck zur Mitarbeit gedrängt.
Feministische Politik soll endgültig aus den Frauenprojekten verschwinden und im Rahmen von sog. "Frauenförderung" durch systemimmanent arbeitende Fürsorgeinstitutionen ersetzt werden.

Die autonomen Frauenhäuser in Kassel und Homberg stehen beispielhaft für die Entwicklung des Umgangs mit den Projekten der FrauenLesbenBewegung. Seit mehr als zwei Jahren kämpfen diese Häuser entschieden um ihre Existenz.
So kündigte die Stadt Kassel den seit 15 Jahren mit dem autonomen Frauenhaus bestehenden Leihvertrag. Seitdem kämpfen die Frauen um neue akzeptable Verträge. Aber die Stadt Kassel hat einen neuen Träger, der mehr nach ihrer "Pfeife" tanzt.
In Nordhessen, in Kassel und Homberg, sollen zwei autonom arbeitende Frauenhäuser durch die AWO (Arbeiterwohlfahrt) und gegen den Widerstand der autonomen FrauenLesbenBewgung übernommen werden. Die AWO, männlich dominiert und strukturiert, maßt sich an, jahrzehntelang arbeitende autonome Frauenhäuser zu zerstören, um ihr SPD nahes Wirtschaftsimpeium weiter expandieren zu können.

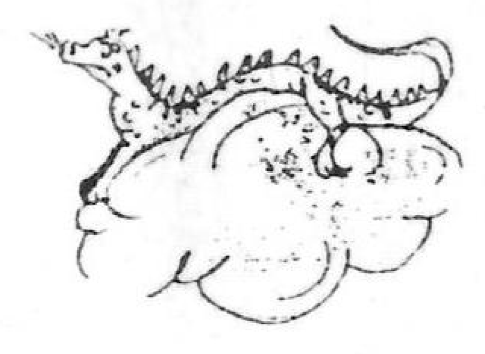
Im Gegensatz zu vielen autonomen Frauenhäusern in anderen Städten, ist das Frauenhaus ein fester Bestandteil der autonomen FrauenLesbenBewegung / Szene in Kassel. Vom Frauenhaus und anderen FrauenLesbenProjekten aus sind immer wieder radikale Positionen in andere Projekte und Gruppen getragen worden und hat somit Diskussionen und Austausch innerhalb der Bewegung hervorgerufen. Auch sind durch das autonome Frauenhaus autonome Strukturen unterstützt worden oder neue daraus entstanden.
Zum Beispiel
- der Verein gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Frauen (Schwarze Winkel) ist aus dem Projekt Frauenhaus entstanden,
- der Verein Frauen informieren Frauen (FIF),
- die FrauenLesbenZeitschrift "Krampfader"
und zahlreiche Veranstaltungen und Gruppen sind vom Frauenhaus solidarisch unterstützt worden.
Seit der Besetzung des autonomen Frauenhauses vor 17 Jahren wurde immer wieder versucht, qualitativ andere Formen von Zusammenarbeit und Lebensentwürfen umzusetzen, die basieren auf Kollektivität, ohne Hierarchie arbeiten, selbstbestimmte Arbeit, antirassistisch, keine Trennung von Hand- und Kopfarbeit, Mitarbeit unabhängig von Formelqualifikationen, die Bewohnerinnen nicht zum "Klientel" machen.
Fakt ist, daß durch die von der Stadt politisch gewollte und forcierte Übernahme des autonomen Frauenhauses durch die AWO die erkämpften FrauenLesbenStrukturen angegriffen und befriedet werden sollen. Allein in den letzten zwei Jahren wurden die autonomen Frauenhäuser in Schorndorf - Rems-Murrkreis, Koblenz, Mainz, Preissenberg und Landkreis Oldenburg durch parteipolitische Machtinteressen zur Aufgabe gezwungen, um anschließend von großen konformen Wohlfahrtsverbänden übernommen zu werden.

Wir kämpfen weiter!
Für ein autonomes Frauenhaus in Kassel und anderswo!

In der Frage der ökonomischen Existenzgrundlage von Frauen werden nach wie vor in eklatanter Weise mehrere Widersprüche deutlich:
- der Widerspruch zwischen staatlicher Propaganda und gesellschaftlicher Realität,
- die Widersprüche zwischen grundlegender feministisch-ökonomischer Analyse, individueller Notwendigkeit und einer "die Hälfte-des-Kuchens-Politik".

Indem Frauen unterschiedliche Privilegien zu- oder abgesprochen werden und wurden, ist die Spaltung in Klassen und damit die Teilung von Widerstandspotential erreicht. Die Vereinnahmung von Frauen/Lesben durch die (begrenzte) Möglichkeit in Führungsetagen von Wirtschaft oder Politik aufzusteigen, ist fortgeschritten. Die Vorzüge "weiblichen Führungsstils" im Management werden gelobt, während die emanzipierte Frau von heute am Lap-Top sitzt, wobei das dry-weave ihrer Slipeinlage sie besonders sauber und diskret erhält.
Die von Frauen gegründeten und betriebenen Existenzgründungs-, Existenzsicherungs- und Finanzierungsprojekte mögen als Teil einer "frauenbezogenen Infrastruktur" anerkannt sein, einer Kritik an der bürgerlich-kapitalistisch-patriarchalen Gesellschaftsordung sind sie jedoch nicht zuträglich.
Zugleich forcieren die arbeitsmarkt-, familien- und sozialpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre gezielt Massenarbeitslosigkeit, wobei ArbeitnehmerInnenrechte gecancelt werden. Frauen werden einmal mehr zu den Verliererinnen im Kampf um Lohnarbeitsplätze gemacht, werden in ungesicherte Arbeitsverhältnisse, Sozialhilfe und Haushalt abgedrängt, fast 3/4 der Frauen in der BRD sind heute vollständig oder teilweise von (Ehe-) Männern, der Familie oder dem Staat abhängig. – Tendenz steigend! und von reaktionären Ideologen wieder massiv ins gesellschaftliche Bewußtsein gepreßt. Den jungen Frauen nützt es bei der Suche nach einer unabhängigen ökonomischen Perspektive gar nichts, daß sie sich als selbstbewußtes "Girly" sehen dürfen und dazu "ich find das scheiße" singen können.

In den Anfängen der Frauenbewegung, die sich in ihrer Analyse auf 'Die Linke' bezog, gab es Tomatenwürfe auf Macker, die den Kapitalismus zum Hauptwiderspruch erklärten.
In der politischen Weiterentwicklung mußten sich weiße Feministinnen in Rassismus- und Klassismusdiskussionen damit auseinandersetzen, politisch entsprechend zum früheren Haupt- und Nebenwiderspruchskonflikt, daß sie "ihren" Feminismus als "Dominanzfeminismus" präsentier(t)en und die weiße westliche Auffassung von Patriarchats- und Sexismusanalyse als das nonplus-ultra, die übergeordnete Deutungsweise für jegliche Unterdrückungsform gegen Frauen, bewerteten. Der Inhalt des Begriffs 'Feminismus' ist in diesem Zusammenhang zu Recht auch für jene fragwürdig geworden, die sich im politischen "Selbstbewußtsein" vom sog. "Feminismus bürgerlicher Frauenbeauftragter" o.Ä. distanzierten.
Gerade heute muß klarer denn je festgestellt werden, daß es keinen feministischen Gang durch die Institutionen gibt, da dieser sich zwar mit geteilter Frauenfreundlichkeit, jedoch nicht mit der grundlegenden Auseinandersetzung um Gewalt und Unterdrückung verträgt.
Rassismus, Klassismus und Sexismus sind unterschiedliche, nebeneinander existierende Unterdrückungssysteme, die gleichzeitig Verflechtungen aufweisen.
Solidarität muß sich konträr der gesellschaftlichen (hierarchischen) Macht- und Gewaltverhältnisse orientieren, was eine genaue Auseinandersetzung um Privilegien und Gewalt unter Frauen voraussetzt.
Auch in diesem Sinn kann es niemals um bloße "Frauenfreundlichkeit" gehen, und in diesem Sinn kann keines der genannten Unterdrückungssysteme und die daraus resultierende klassistische, sexistische, rassistische Gewalt als "pädagogisches oder psychologisches Problem" betrachtet werden.



Wir haben versucht, in diesem Aufruf einige der Widersprüche um die Fragen nach feministischer Politik, feministischem Widerstand und radikalem Feminismus anzusprechen.
Die Aufforderung zu Solidarität mit feministischen Frauenprojekten geschieht daher nicht ungeteilt, sondern mit ausgesprochenen Ambivalenzen im Hinblick auf die Rolle und den Status den feministische Frauenprojekte in diesem Staat und seinen Unterdrückungssystemen einnehmen.
Autonome Frauenhäuser sind auf Grundlage einer radikal-feministischen Gewaltanalyse, mit dem Anspruch nach praktischer Solidarität und dem Ziel grundlegender Umwälzung gesellschaftlicher Gewaltverhältnisse entstanden. An diesen Inhalten und den daraus resultierenden Widersprüchen um Systemimmanenz versus politischem Anspruch müssen sie -wie alle feministischen Projekte- im Hinblick auf Reformismus und/oder Notwendigkeit erneut bewertet werden.
Dem Back-lash kann nicht auf Kosten der Aussetzung von Konflikten oder mit Ignoranz gegenüber politischen Widersprüchen begegnet werden.
Insofern erhoffen wir uns von der Demonstration einen Auftakt für neue Diskussionen und für eine neue radikale Analyse, die nicht versucht, alles unter einen, z.B. feministischen Deckel zu stopfen, sondern auf ernsthafte Klärung und "echte" solidarische Praxis und Widerstand abzielt.
Unsere Stärke wird nicht aus der Menge, sondern aus der Qualität unserer Praxis entstehen.

SETZEN WIR UNSER MIßTRAUEN, UNSERE KRAFT UND UNSEREN GEMEINSAMEN WIDERSTAND GEGEN DIEJENIGEN, DIE EINE SOLCHE POLITIK VORANTREIBEN ODER SIE AUCH NUR GESCHEHEN LASSEN!

GEGEN VEREINNAHMEUNG, SPALTUNG UND ZERSTÖRUNG!

FÜR DIE ORGANISIERUNG DES FEMINISTISCHEN WIDERSTANDS!

SOLIDARITÄT MIT DEM WIDERSTAND DER FRAUENLESBENPROJEKTE!

FÜR EINEN STARKEN LESBEN-FRAUEN-KAMPF!



Donnerstag, 22. August 1996 ■ die tageszeitung

Spitzeln für das Sozialamt

Der Prüfdienst des Sozialamts Neukölln spürt Paaren ohne Trauschein nach. Partner wird zur Kasse gebeten. CDU schürt Stimmung gegen Sozialhilfeempfänger

Zwei Mitarbeiter des Neuköllner Sozialamts sind seit März für einen internen Prüfdienst abgestellt. Sie prüfen, ob beantragte Sozialleistungen auch berechtigt sind. Dabei kam der Prüfdienst auch „mehreren" Fällen auf die Spur, wo Paare ohne Trauschein ihre eheähnliche Gemeinschaft vor dem Sozialamt verschwiegen hatten. Nach dem Sozialhilfegesetz muß ein berufstätiger Partner in einem vertretbaren Umfang für den Unterhalt des bedürftigen Partners aufkommen, wenn eine eheähnliche Gemeinschaft vorliegt.

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU, Annelies Herrmann, die sich gestern für eine „intensive Bekämpfung" des Mißbrauchs von Sozialleistungen aussprach, schlug vor, nach Neuköllner Vorbild auch in anderen Bezirken ein oder zwei Mitarbeiter für einen internen Prüfdienst abzustellen. Sie schätzt, daß zwei Prozent der Sozialhilfeempfänger zu Unrecht Leistungen beziehen.

Die Neuköllner Sozialstadträtin Stefanie Vogelsang (CDU) erklärte, daß das Verschweigen der eheähnlichen Lebensgemeinschaft der „Hauptbetrugspunkt" sei. In den entdeckten Fällen sei nicht die Hilfe zum Lebensunterhalt eingestellt worden. Die besserverdienenden Partner müßten jedoch einen höheren Mietanteil übernehmen. Auch Anträge für die Renovierung der Wohnung oder für einen neuen Kühlschrank würden nicht übernommen. Insgesamt habe der Einsatz des Prüfteams seit März Einsparungen in Höhe von 100.000 Mark erbracht, so Vogelsang, die zugleich versicherte: „Wir wollen keinen Überwachungsstaat."

Die Kreuzberger Sozialstadträtin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) lehnte den Einsatz eines zusätzlichen internen Prüfdienstes ab: „Jedes Sozialamt geht Hinweisen auf Mißbrauch selbstverständlich nach." Sie kritisierte die Debatte um sozialen Mißbrauch als „gefährlich und populistisch".

In den meisten Bezirksämtern gibt es bereits einen Ermittlungsdienst bei der Abteilung Personal und Verwaltung. Doch in Wilmersdorf ist die Entwicklung eine andere als in Neukölln. Dort wird unter dem Druck der leeren Kassen derzeit sogar darüber nachgedacht, die beiden Stellen einzusparen. „Das rentiert sich nicht", erklärte die Wilmersdorfer Sozialstadträtin Martina Schmiedhofer (Bündnisgrüne). Die Sozialamtsmitarbeiter können bei Verdachtsfällen ohnehin prüfen, ob ein Antragsteller bereits Arbeitslosengeld oder -hilfe bezieht. Auch ein automatischer Datenabgleich zwischen den 23 Bezirksämtern ist vom Datenschutzbeauftragten abgesegnet. Es fehle nur noch eine Rechtsverordnung des Bundes.

Dorothee Winden

Dope sprießt munter auf dem Genacker in Hessen

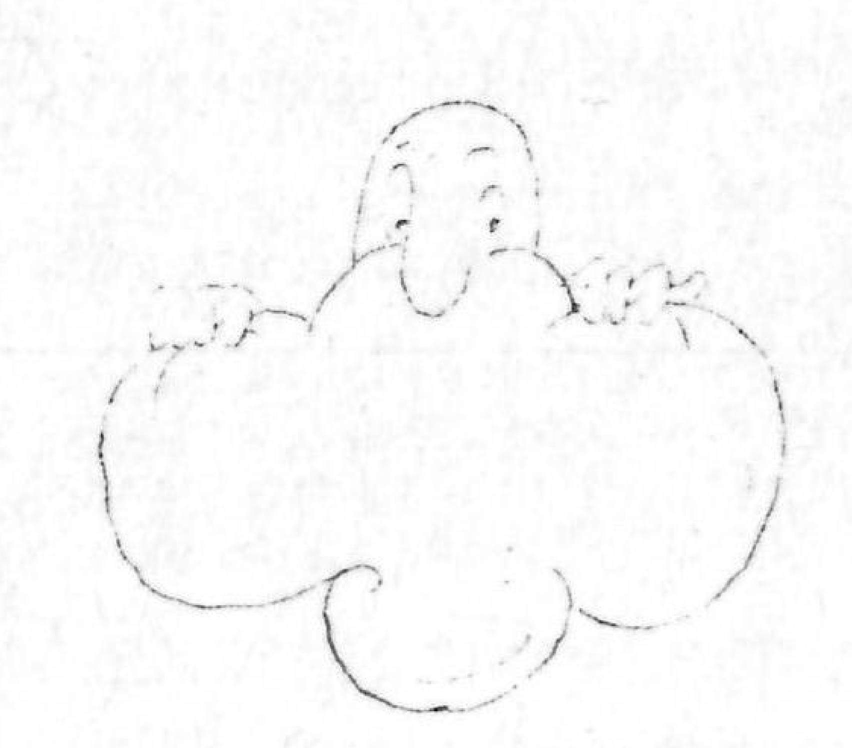
■ Hanf statt manipuliertem Mais in Wölfersheim – unter den Augen der Polizei

Frankfurt/Main (taz) – Eigentlich wollte die Pflanzenchemiefirma AgrEvo gentechnisch veränderten Mais untersuchen. Im Frühjahr hatte sie auf einem gepachteten Acker im hessischen Wölfersheim säen lassen. Wenige Wochen später wurden anscheinend nicht nur die schnellwachsenden Maispflanzen von Unbekannten „geköpft" – zwischen den Stauden, so ein Augenzeuge zur taz, würden inzwischen fast mannshohe Hanfpflanzen (Cannabis) wachsen.

Die Täter, die mutmaßlich aus den Reihen der Gegner gentechnologischer Freilandversuche stammen und die „Zukunftsminister" Rüttgers (CDU) gerne als „terroristische Vereinigung" vom Bundeskriminalamt verfolgen lassen würde, hatten im Frühsommer also nicht nur die Macheten dabei, sondern auch Schürzen voll mit Hanf-Saatgut.

Geerntet wurde bislang noch nicht. Auch nicht von der Polizei, die in Wölfersheim insgesamt drei Äcker bewacht. „Die Beamten halten die schönen Dopepflanzen offenbar für einen neuen Freilandversuch von AgrEvo", meinte der Informant. AgrEvo ist ein Gemeinschaftsunternehmen von Hoechst und Schering und stellt unter anderem Chemie für die Landwirte sowie künftig auch das zugehörige Saatgut her. Mit den Maisfeldern will die Firma testen, ob ihre gentechnisch veränderten Pflanzen resistent gegen das Herbizid „Basta" der Hoechst AG sind. Dann könnten die Landwirte künftig die Monokultur Mais noch leichter von unerwünschten Gräsern säubern. Neben Mais will die AgrEvo dort auch genmanipulierten Raps anpflanzen.

kpk



„...wir können entweder sterben, buchstäblich als volk und möglicherweise als ganzer planet, oder wir können der sich häutenden schlange gleich zu bewussten zeugen des todes der existierenden kultur werden und uns mit der strahlend neuen haut identifizieren, die sich unter der oberfläche des alten zu zeigen beginnt..."
(aus: mythen, musen und tarot, von Vicki Noble)

mein name ist andrea wolf. ich werde wegen des sprengstoffanschlags der RAF auf den knastbau in weiterstadt gesucht. im november letzten jahres wurde deswegen haftbefehl gegen mich erlassen, obwohl dem staatsschutz bekannt ist, dass ich damit nichts zu tun habe. ich war zu dem zeitpunkt weder illegal noch bei der RAF, sondern auf reisen in lateinamerika. ich lebe jetzt allerdings seit einem jahr in der illegalität, weil sich meine mögliche verhaftung bereits im sommer 95 abzeichnete. das ermittlungsverfahren bedroht mich als teil der linksradikalen opposition, in der ich seit 15 jahren aktiv bin. konkret heisst das zum beispiel, dass ich teil der häuserbewegung anfang der 80er war. in infoladenstrukturen und in der anti-waa-bewegung organisiert war. dass ich in frauenzusammenhängen und im antirassistischen und antifaschistischen info- und notruftelefon frankfurt am main mitgearbeitet habe oder in einzelnen mobilisierungen wie im hungerstreik der politischen gefangenen 1989 aktiv war.
als mitte der 80er die hoffnung auf eine grundsätzliche veränderung der machtverhältnisse, die an unsere kämpfe geknüpft war, immer schmaler wurde, habe ich, wie viele andere auch versucht, revolutionären kampf neuzubestimmen. nach wie vor geht es um eine fundamentale opposition. die frage ist nur das „wie". nach wie vor ist das interesse des staates, das zu bekämpfen und zu verhindern.
in meinem fall konnten sich bundeskriminalamt (BKA) und bundesanwaltschaft (BAW) zu nutze machen, dass ich monate nach bad kleinen das motorrad des steinmetz von seiner wohngemeinschaft gekauft hatte. (steinmetz ist der agent des verfassungsschutzes, der im juni 93 die sicherheitsbehörden nach bad kleinen führte, wo birgit hogefeld verhaftet und wolfgang grams erschossen wurde). der kauf war ein grosser fehler, an dem motorrad und den dazugehörenden koffern wird das ganze verfahren gegen mich aufgehängt und eine beteiligung von mir an der knastsprengung in weiterstadt konstruiert. mein denken damals, dass so ein motorrad keine rolle spielen wird, weil der v-mann sowieso das blaue vom himmel runter lügen wird, wie die behörden es wollen, um damit weiter ermitteln und kriminalisieren zu könnnen, macht nur deutlich, dass ich noch gar nicht begriffen hatte, was eigentlich passiert war.

die steinmetzsche geheimdienstoperation ist wahrscheinlich die grösste in der geschichte der brd gegen die linke. ihre wirkliche dimension ist heute noch nicht bekannt, und regierung und behörden setzen auch alles daran, dass das so bleibt. war das celler loch, mit dem mitte der 70er jahre eine befreiung von raf-gefangenen fingiert wurde, um vs-männer in die raf zu schleusen, ein übungsstück, geht der steinmetz-einsatz schon einen schritt weiter. eher vergleichbar ist die operation mit dem amerikanischen „counter-intelligence-program". dies wurde vom FBI unter psychologischen gesichtspunkten entwickelt, die aus der jahrelangen beobachtung der politischen organisationen und einzelnen dann gewonnen wurden und auf ihre schwachstellen abzielte. sowohl die black panther party als auch das american indian movement wurden mit diesem programm aufgerieben. die bewegungen wurden nicht mehr nur militärisch bekämpft, sondern unterwandert, manipuliert, gegeneinander ausgespielt und so eine wirksame arbeit verhindert. die öffentlichkeit bekam diesen schmutzigen krieg nie zu gesicht. die regierung war fein heraus, sichtbar wurden nur die folgen: die zig politischen schwarzen und native gefangenen, die z.t. noch heute in den us-gefängnissen sitzen.

in der deutschen auflage wurde der verfassungsschutz-agent steinmetz fast zehn jahre in linksradikalen zusammenhängen geführt. er war spätestens 1984 als asta-vertreter an der uni kaiserslautern vom rheinland-pfälzischen verfassungsschutz angeworben worden. von lateinamerika-solidaritätsgruppe über die startbahnbewegung bis hin zu hausbesetzungen - es gab kaum einen zusammenhang der radikalen linken, den er in seiner laufbahn ausgelassen hat. mit diebstählen und einbrüchen und dadurch, dass er seine technischen fähigkeiten zur verfügung stellte, legitimierte er sich. die konsequenz dieser entwicklung war, dass er mitte 1991 kontakt zur RAF bekam.
ohne einen stoffwechsel zwischen ihr und der legalen linken kann eine guerilla nicht leben, geschweige denn handeln. dass eine derart wichtige position sozusagen unter einfluss der verfassungsschutz stand, macht den verlauf der politischen entwicklung in den letzten jahren klarer. sichtbar wird auch das bekämpfungskonzept des apparates, der mit jahrelanger überwachung, kill- und rasterfahndung, isolationshaft und horror-urteilen die politische konfrontation nicht zum erliegen gebracht hatte. jetzt sollte von innen her aufgräumt werden. via steinmetz konnte der vs bestehende politische konflikte und unsicherheiten ausnutzen und manipulieren. die zentrale rolle von steinmetz

drohte kurz nach bad kleinen an die öffentlichkeit zu dringen. es wurde nicht nur die hinrichtung von wolfgang grams in einen selbstmord verwandelt, auch der damalige innenminister seiters und der generalbundesanwalt von stahl wurden entlassen und eine pressesperre verhängt. das alles sollte den wirklichen hintergrund der operation steinmetz aus dem öffentlichen schussfeuer ziehen, im „spiegel" wird steinmetz kurzerhand zum freien mitarbeiter gemacht, der sich rühmt, zwischen beiden seiten vermittelt haben zu wollen. seine staatlichen auftraggeber rücken mehr und mehr in den hintergrund. doch das öffentliche interesse daran, ob steinmetz, also auch teile in der regierung im vorfeld von der weiterstadt-aktion wussten, lässt nicht nach. es wird ein verfahren gegen steinmetz eingeleitet wegen unterlassung der anzeige von straftaten und beihilfe zur sprengstoffexplosion. als freier mitarbeiter geniesst er keine behördliche immunität mehr. dieses verfahren wird im februaer 94 eingestellt. es würde schlecht schule machen für alle weiteren spitzel, die der VS noch anwerben will. das verfahren wird gegen unbekannt, also gegen die linke weitergeführt und es ist genau das, in dem ich zuerst zeugin war und mittlerweile beschuldigte bin.

ich kannte steinmetz knapp über ein jahr, wovon ich drei monate in lateinamerika war. kennengelernt hatte ich ihn im rahmen der vorbereitungen gegen den weltwirtschaftsgipfel, der im juli 92 in münchen stattfand. gegen den gipfel der reichsten der welt wurde nicht nur eine grossdemonstration mit über 25.000 teilnehmerInnen organisiert, sondern auch ein gegenkongress mit beteiligung von vertreterInnen aus nationalen befreiungsbewegungen weltweit. mein kontakt zu steinmetz war von anfang an ein politischer, wo es um „fragen und diskussion des kampfes", um grundsätzliche veränderung der machtverhältnisse ging. obwohl mir seine tour als unbehagen irgendwie aufstiess, konnte ich ihn nicht wirklich durchschauen und identifizieren. er setzte z.b. psychologisch präpariert von seinen v-mann-führern, oft pures vs-wissen an stelle von eigener meinung und diskussion. frauen gegenüber mimte er den aufmerksamen und mitdenkenden, und meinungsverschiedenheiten unter gruppen und einzelnen, nach denen er sich immer wieder erkundigte, benutzte er, um sich darin sicher bewegen zu können, und die leute voneinander getrennt zu halten.

es gab keine irgendwie gearteten aktionen von mir mit steinmetz. die bezeichnung „freundin" in den medien soll mich als frau demütigen und mein handeln und denken entpolitisieren: die frau ohne eigenen willen, als anhängsel des (V-)mannes war überall dabei, dann wieder suggeriert es, der vs-agent wäre eben schon auf die „richtigen" angesetzt gewesen...
im zuge der ermittlungen wurde mein wohnort, das teilbesetzte haus und wohnprojekt, fritzlarer straße im frankfurt am main, wo 16 erwachsene und zwei kinder seit jahren zusammenleben, ständig terrorisiert und immer wieder von sonderkommandos der polizei durchsucht. eine frau ist zusammen mit ihrem sohn mittlerweile ausgezogen. im juli 1995 nach der dritten hausdurchsuchung war die situation für mich nicht mehr überschau- oder einschätzbar. ich war zusammen mit fünf anderen aus meiner wohngemeinschaft als zeugin in dem o.g. verfahren gegen unbekannt geladen. gleichzeitig war im durchsuchungsbeschluss zu lesen gewesen, dass ich ja den weiterstadt-sprengstoff transportiert haben könnte. ein nahtloser übergang von der beuge- zur u-haft war zu befürchten. so entschied ich mich wegzugehen, um aus sicherer entfernung zu beobachten, was weiter passiert. es kann auch sein, dass nur der eindruck erweckt werden sollte, dass meine verhaftung unmittelbar bevorsteht. unter einem solchen druck, spekulierte der staatsschutz möglicherweise, würde ich dazu gebracht, neue fehler zu machen, die er für die verfolgung nicht nur von mir, sondern auch von anderen benutzen könnte. d.h. aber umgekehrt nicht, dass nichts passiert wäre, wenn ich zuhause geblieben wäre.
ende november 95 konnte ich der presse entnehmen, dass haftbefehl gegen mich erlassen worden war. ausserdem wurden sechs meiner mitbewohnerInnen erneut als zeugInnen geladen, diesmal um gegen mich auszusagen. vier von ihnen sassen bis zu fünf monaten in beugehaft, weil sie sich weigerten, mit der politischen justiz zusammenzuarbeiten.

ich kam kaum dazu, zu realisieren, was ein haftbefehl bedeutet, als sven s. am 6.12.95 an einem deutsch-österreichischen grenzübergang kurzfristig festgenommen wurde. bei ihm wurden ausser diskussionsmaterial persönliche briefe von mir gefunden. als folge davon wird ein neues verfahren gegen mich eingeleitet wegen mitgliedschaft in einer terroristischen vereinigung. in dem beschluss des bundesgerichtshofs dazu werden einzelne wörter aus dem zusammenhang gerissen und, mit füllwörtern aufgepeppt, so wieder zusammen gesetzt, dass sich ein neuer sinn ergibt. hatte ich in einem brief über meine entscheidung weggegangen zu sein geschrieben: „...ich bin froh, nicht mehr abzuwarten, sondern zu handeln".
die verdrehung der BAW endet in der kernaussage, dass ich in einem PKK-ausbildungslager sei und mit einer unbekannten gruppe zurückkehren wollen würde, um den bewaffneten kampf aufzunehmen. aufgrund dieser behauptung wird nicht nur gegen mich ein neues verfahren eingeleitet, auch gegen

sven wird wegen unterstützung dieser angeblichen terroristischen vereinigung als „kurier" ermittelt, weil bei ihm die briefe gefunden wurden.

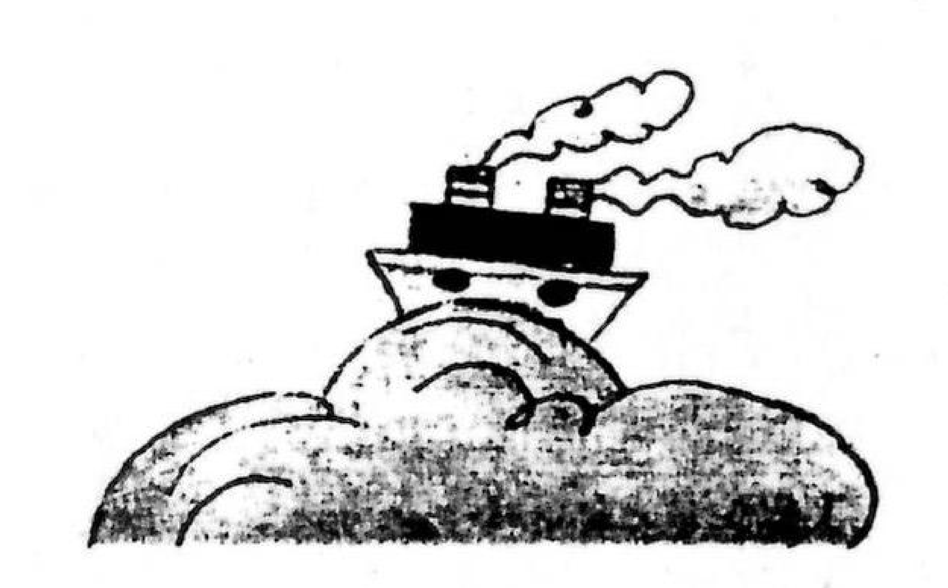
die gefundenen diskussionspapiere setzten sich unter anderem mit dem zustand der linken insgesamt, ihren fehlern und derzeitigen möglichkeiten auseinander. alles dreht sich um die suche nach einer neuen perspektive des kampfes, nach ideen und impulsen auch ausserhalb der eurozentristischen realität. die linke in den reichen industriezentren hat sich aus ihrer teilhabe an der macht nicht wirklich befreien können, hat diese reproduziert und sich letztlich selbst gestoppt. deshalb ist zentrales thema für mich, wo was gelernt werden könnte, um aus der verwobenheit wirklich rauszukommen. das ist der hintergrund, vor dem die PKK erwähnt wird, als einer der befreiungsprozesse in der heutigen zeit, der ständig anwächst. die PKK hat es geschafft von einer kleinen isolierten guerillagruppe, die im august 84 den bewaffneten kampf aufnahm, zu einer grossen breiten volksbewegung zu werden. in ihr organisieren sich frauen zu eigenständigen fraueneinheiten, eine reine frauenarmee wird angestrebt. dieser innerhalb der organisation respektierte raum und gewollte schritt ist ein ausdruck davon, dass die PKK es ernst meint, wenn sie sagt, dass es ohne die befreiung der frau eine befreiung nicht nur des kurdischen volkes nicht geben kann. es wäre spannnend und interessant kennenzulernen, wie das alles in der realität aussieht. um schiessen zu lernen jedenfalls braucht niemand nach kurdistan zu gehen.

unter dem titel „hilflos vor dem terror" bereitet der spiegel (13/96) auf, wie die informationen aus den sicherheitsbehörden gelesen werden sollen: die bevölkerung in deutschland soll nicht angst haben vor massenentlassungen, dem atommüll, der dramatischen wirtschaftlichen situation, nicht vor der änderung erkämpfter rechte, nicht vor dem polizeiterror und den korrupten eliten, nein vor der pkk. „...die das land bedrohe und terrorisiere und sogar mit deutschen terroristen zusammen arbeiten würde... auch die wegen des sprengstoffanschlags auf die jva weiterstadt mit haftbefehl gesuchte andrea wolf halte sich, so mutmasst das BKA, in einem camp der guerilla auf."
ich bin weder in einem pkk-lager, noch habe ich etwas mit weiterstadt zu tun!
mit derart konstruierten behauptungen wird eine bedrohung von aussen skizziert, angesichts deren die wirklichen probleme in deutschland in den hintergrund treten sollen. es ist das immer gleiche strickmuster. anfang der 20er jahre waren jüdische menschen diese bedrohung, nach dem zweiten weltkrieg die rote gefahr des kommunismus, heute die farbigen und schwarzen völker. die verfolgung der pkk hat immmer auch etwas von dieser rassistischen komponente. gegen sie wird gehetzt, sie wird verfolgt. verboten ist die pkk aber vor allem deshalb, weil sie die regierung mit der grössten radikalen linken organisation seit dem verbot der kpd in den 50ern konfrontiert.

den paranoiden hirnen des über 20 jahre hochgezüchteten staatsschutzes entspringt die phantasie einer „neuen terroristischen vereinigung" à la RAF, die ich gründen wollen würde, weil in den siebzigern spätere raf-leute in palästina militärische ausbildungen machten, kann es nur das sein. die reaktion spricht eine deutliche sprache: es ist die drohung, wer den gedanken an widerstand nicht aufgibt, wird mit dem, seit der zerschlagung der arbeiterbewegung immer weiter perfektionierten deutschen polizeiapparat eingekreist, isoliert und bis zur vernichtung gejagt werden. nur 24 stunden nach der grenzkontrolle wird meine wg, in der auch sven wohnt, zum fünten mal durchsucht. sven wird erneut festgenommen und zehn stunden festgehalten. zwei neue 129a-verfahren werden eingeleitet, und in der presse wird gegen die pkk gehetzt.

in den von mir verfassten briefen geht es um meine situation in der illegalität. so wie ich es mitkriege, ist das immer noch ein tabu thema in der linken, obwohl viele der von den aktuellen verfahren bedrohten untertauchen mussten. ich mache selbst die erfahrung, wie schwierig es ist, den kontakt und die diskussion unter den gegebenen umständen aufrechtzuerhalten. der staat weiss, dass es in der illegalität ohne anbindung an eine organisation oder politische perspektive nur die alternative gibt, aufzugeben oder auszuwandern. deshalb setzt er alles daran, die verbindung und den kontakt der linken zu den illegalen zu verhindern. punktuell ist das auch gelungen, wenn man sich anschaut, wieviele menschen aus den 80er jahren heute noch illegal leben, an die sich kaum jemand mehr erinnnert bzw. von denen fast niemand etwas weis. ich kriege erst jetzt so langsam eine vorstellung davon, was es für die zig-tausende flüchtlinge in deutschland bedeutet, tag für tag ohne papiere und ohne status ums überleben zu kämpfen. und dabei habe ich noch das „privileg", weiss zu sein.

ich bin überrascht, wie liebevoll und offen ich überall aufgenommen werde. allen, auch zuhause, möchte ich für ihre solidarität danken. diese solidarität ist wie eine welle, die mich trägt. ich hoffe, alle die in der gleichen situation sind, erleben das genauso. euch möchte ich sagen, dass meine gedanken und meine liebe euch begleiten und schützen, egal wo auch immer ihr sein mögt!





ich erfahre aber hier auch den riss, der quer durch geht: unser mögliches potential einerseits, aber andererseits alte fehler der linken... unsere schwäche weis der staat und setzt alles daran, einen neuen, geeinten widerstand erst gar nicht aufkommen zu lassen. deshalb werden einzelne wie ich, die eine lange widerstandsgeschichte haben und nicht aufgegeben haben, verfolgt. deshalb werden die redakteurInnen der zeitung „radikal" die eine freie und unzensierte information und diskussion ermöglicht, kriminalisiert. deshalb werden antifaschistische organisationen wie die antifa m angeklagt. menschen, die nicht kollaborieren, wie monika haas, eingesperrt - oder in beugehaft gesteckt. auch fahndungshetze gegen drei männer, die versucht haben sollen, unter dem namen „komitee" den in umbau befindlichen abschiebeknast in berlin-grünau in die luft zu sprengen, soll ablenken von dem organisierten verbrechen, das die flüchtlings- und asylpraxis der reichen industriestaaten real ist. das denken in den eigenen reihen, dass angesichts unserer schwäche die repression nachlassen müsste, ist zwar an sich logisch, negiert aber alle erfahrungen mit dem system.

ich gehe in meinem fall davon aus, dass meine kriminalisierung davon ablenken soll, dass mit steinmetz der von der regierung als schattenbereich für v-leute definierte raum überschritten wurde. ausserdem, dass solche verfahren einzelne aus dem verkehr ziehen, werden sie dazu benutzt, um mit zeugInnenvorladungen, beugehaft u.ä. die reihen der linken szene durchzukämmen und zu beobachten, wer sich wie verhält. von den monaten knast mal ganz abgesehen. aktuell sind mir mindestens 20 solcher vorladungen im zusammenhang „komitee" in berlin bekannt, über 20 aus wiesbaden und darmstadt wegen weiterstadt.

zur einleitung unseres zeitalters - das der menschen - gehört, unsere fehler aufzuarbeiten, um unsere schwäche zu überwinden. es braucht einen begriff des vergangenen. z.b. hat der vs durch steinmetz mehr mitgekriegt und mehr einfluss gehabt, als bisher zugegeben wurde. zu einem ehrlichen umgang fordere ich alle auf, die mit steinmetz zu tun hatte. nach wie vor gibt es über die frage, wie sich steinmetz bis schlusspunkt bad kleinen halten und agieren konnte, keine ausreichend genaue und gemeinsame auseinandersetzung. trotz einzelner öffentlicher äusserungen ist es immer noch so, dass die geheimdienstoperation und ihre folgen, die verunsicherung nachwirken kann. das nicht- oder nur sehr mässige verhalten derer, die mit dem agenten zusammengewesen waren, mit ihm gearbeitet und gelebt haben, ist wie ein vakuum. ein grauenvolles nichts, das alles verschluckt, die betroffenen alleine lässt und dem staat den raum gibt, nach seinem belieben damit zu jonglieren. das rätselraten, wieso die eine behörde steinmetz schützt, während die andere ihn angeblich verfolgen will, führt zu nichts. im dezember 1995 wurde erneut ein haftbefehl gegen ihn erlassen, aber nur zum schein. der eindruck, dass steinmetz eine zwielichtige figur sei, und nicht auf regierungsauftrag gehandelt hätte, soll damit verstärkt werden. es mögen verschiedene arbeitsmethoden innerhalb des apparates sein, die sich auch manchmal im weg stehen, im kern ist ihr ziel aber identisch: die bestehende machtordnung aufrechtzuerhalten und allen widerstand dagegen zu brechen. im gremium der KGT (koordinierungsgruppe terrorismus), wofür extra die im grundgesetz verankerte gewaltentrennung aufgehoben wurde, erfolgt die absprache zwischen geheimdienst und den polizeibehörden des bundes. zusammen mit den verantwortlichen politikern. angesichts der dimension, die der geheimdiensteinsatz des agenten steinmetz für die deutsche regierung hat, ist die aufregung um seinen haftbefehl doch sehr gering.

ich rufe hiermit alle fortschrittlichen menschen, auch in den medien, auf, sich an den verdrehungen und der hetze nicht zu beteiligen. die geheimdienstoperation um steinmetz herum muss komplett offen gelegt werden.
die verfolgung von mir, meiner wohngemeinschaft und der linken muss aufhören!
schluss mit all den aktuell laufenden politischen verfahren.
weg mit den haftbefehlen und der beugehaft (ermittelt werden muss beim verfassungsschutz und in der regierung).
stattdessen sollte endlich das pkk-verbot aufgehoben, die militärhilfe für die türkei eingestellt werden, die politischen gefangenen freigelassen und die menschenverachtende asylpraxis gestoppt werden.
für unser recht auf leben als menschen und frauen.
freiheit und glück!

andrea wolf, juli 96



Der bewegte Mann und die Undercoverlesbe

oder: warum ist die Lesbe kurzhaarig, separatistisch und humorlos?

(üny) Jede Schwulenrunde hat ihren heterosexuellen Fanclub - zumeist schicke jüngere Frauen - alle geiern über Ralph König, alle lieben die Tunte im Kino - oder trügen mich meine Sinne? Der CHARAKTER empfiehlt seinen LeserInnen als ganz heißen Tip Schwulenparties wie Mandance, die Prinzenschmiede ist rappelvoll, und beileibe nicht nur mit Lesben und Schwulen. How come?

Heteras genießen die anmachefreie Atmosphäre, überhaupt die Atmosphäre: diese ist angeblich so furchtbar nett, tolerant und interessant. Schön für euch. Kein ungewöhnlicher Anblick auf Schwulenparties sind frischverliebte gegengeschlechtliche Paare, die auf der Tanzfläche sowas von in Fahrt geraten, als müßten sie noch heute abend vorführen, woher die kleinen Babys kommen. Was die wohl im homosexuellen Milieu so stimuliert? Weitere Beobachtung am selben Ort: eine langgelockte Hetera beschwert sich bei ihrem schwulen Freund darüber, daß heute so viele von diesen ach so männlichen, unwitzigen Lesben auf der Party herumlaufen. Auf ein Augenzwinkern von ebensoeiner reagiert sie verstört und fühlt sich gar nicht mehr wohl. Sind es ihre Vorstellungen von wahlloser Promiskuität und geifernder Notgeilheit unter Lesben, die Freundin Hetera so zur Eile antreiben, wenn sie Pipi muß und Lesbe sich auch mit voller Blase Richtung Klo begibt? Alles recht eigenartig.

Meine Absicht ist nicht, heterosexuelle GästInnen von 'unseren' Treffpunkten zu vertreiben. Ich möchte nur, daß ihr euch über folgende Dinge im klaren seid: Euch steht die Welt offen, sprich: ihr könnt euch mit eurer sexuellen Orientierung immer und überall unbefangen bewegen und seid meistens unter euresgleichen. Das läßt euch eure Heterosexualität als völlig selbstverständlich erscheinen. Lesben und Schwule, um diese Binsenweisheit noch mal zu betonen, sind aus ihrem Alltag euren Anblick gewöhnt, haben aber die ganze Zeit im Kopf: Was passiert, wenn die Umwelt mitkriegt, daß ich lesbisch/schwul bin? Bis sie das Gegenteil beweisen, werden sie zunächst für hetero gehalten. Es erfordert immer noch ziemlich viel Mut und Immunität gegen dumme Sprüche aller Art, sich als Lesbe/Schwuler auf der Straße offen zu zeigen, sprich Freundin oder Freund zu küssen, entsprechende Zeichen zu tragen undsoweiter. Also: Das sich wild küssende Heteropaar auf der Mandance-Tanzfläche wird von mir als Lesbe mit all meinen Alltagserfahrungen nicht etwa freudig toleriert, sondern ich fühle mich aufs neue von der allgegenwärtigen Heterosexualität belästigt, die mich überall verfolgt: im Kino, Fernsehen, im Alltag, in Büchern etcetera. Hier und heute abend möchte ich mich einmal 'normal' fühlen und Spaß haben, wozu sich wenig genug Gelegenheit bietet, denn Treffpunkte für Lesben und Schwule in der Region lassen sich an einer Hand abzählen. Wenn ich jetzt für intolerant oder so gehalten werde: Toleranz ist eine Großmut, die sich nur Privilegierte erlauben können. Die Forderung an eine Lesbe, einem Rudel Heten gegenüber tolerant zu sein, ist vollkommen unangebracht. Denn diese haben im Normalfall die Macht, sich 'tolerant' zu geben - oder eben nicht. In letzterem Fall darf ich damit rechnen, blöd angemacht zu werden oder eins auf die Mütze zu kriegen. Selbstverständlich bin ich gerne bereit, individuell zu differenzieren - aber ich fordere von Heteros/Heteras, sich meine Situation vor Augen zu führen und sich etwas zurückzunehmen. Denn die Lesbe, der dies nicht paßt, kann nämlich nicht einfach woanders hingehen. Es gibt dann schlicht keine Orte mehr, an denen ich mich wohl fühlen kann. Der/die Hete hat die Wahl.

Nun zu der bemerkenswerten Tatsache, die ich oben schon angedeutet habe: in der dann doch aufblühenden Akzeptanz gegenübear Homosexuellen fallen mal wieder die Frauen - sprich Lesben - hinten runter. Zum einen liegt es sicher am unterschiedlichen Politikverständnis von Schwulen gegenüber dem von Lesben. Die Schwulen organisieren sich weit mehr als Lesben in der gesellschaftlich üblicheren Form, nämlich in Parteien, Verbänden, Vereinen. Die Lesbenbewegung, vor noch nicht allzu langer Zeit als eigenständiger Zweig aus der Frauenbewegung entstanden, ist mehr in autonomen Zusammenhängen, Projekten etc. organisiert, hat also auch aus diesem Grund viel weniger Zugriff auf lobbyfördernde Mittel wie Medien, Parlamente, und nicht zuletzt Gelder. Lesben haben auch oft weitaus umfassendere politische Forderungen als Schwule, die sich nach meinem Eindruck meist darauf beschränken, Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung für ihre Lebensweise zu fordern und schwule Räume zu schaffen. Die Aids-Arbeit ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt von Schwulen geworden - wenn nicht der Schwerpunkt der letzten Jahre - und hat ihnen auch einen Großteil der heute zu beobachtenden Medienpräsenz eingebracht. Lesben sind zusätzlich zu ihrer sexuellen Orientierung als Frauen diskriminiert - mit den bekannten Folgen. Das unterscheidet sie spürbar von Schwulen. Diese haben aufgrund ihrer Privilegien als Mann mehr Geld und Einfluß in die Bewegung einzubringen, wenn auch nur ein kleiner Teil von ihnen.

Es scheint aber auch massive Unterschiede in der Sympathie zu geben, die von Seiten der Heterosexuellen Lesben und Schwulen entgegengebracht wird. Lesben gelten als humorlos, aggressiv und reizlos, während die bunte Glitterwelt der Schwulen für viele attraktiv ist. Dazu läßt sich sagen: genau hingucken. Unter Schwulen gibt es genauso viele Normalos wie es unter Lesben genug gibt, die nicht ununterbrochen schreien und beißen, die sogar nett sein können, wenn sie wollen. Wenn sie euch so böse angucken, kann es daran liegen, daß sie keine Lust haben, Projektionsfläche für homophoben Müll oder Figuren in anderer Leute sexuellen Phantasien zu sein.

die Lesbe Nasevoll

Wie kommst Du als Heterosexuelle/r in einer Welt zurecht, deren Menschen überwiegend homosexuell sind?
a) ich komme nicht zurecht, sondern leide.
b) ich habe eine Selbsthilfegruppe gegründet.
c) ich tarne mich gut.
d) ich trete als Attraktion in einer Show auf.

Offensichtlich gibt es nur wenige glückliche heterosexuelle Menschen. Hast Du schon einmal überlegt, Deine sexuelle Ausrichtung therapieren zu lassen?
a) ich suche nur noch einen freien Therapieplatz.
b) ich habe es schon fünfmal versucht.
c) meine Mutter hat schon immer gesagt, daß aus mir nichts wird.

Hast Du Angst vor Deinen eigenen Geschlechtsgenossinnen?
a) klar, die wollen doch immer nur das eine.
b) nein, das ist doch ganz natürlich.
c) wenn ich sooo gefragt werde.

Was glaubst Du ist die Ursache Deiner Heterosexualität?
a) ich durfte die »Lindenstraße« nie sehen.
b) meine Mutter hat ihre Freundin nie in meinem Beisein geküßt.
c) ich finde Vergnügen an anstößigem Verhalten.
d) andere Gründe

Zum text von p.c., interim nr.385:

vorweg: ehrlich gesagt bin ich mir nicht sicher, ob ich p.c. ernst nehmen kann oder ob er einfach nur eine provo angezettelt hat. Auf dieses papier konstruktiv zu antworten fällt mir schwer. da dann aber nur der rat zum nächsten therapeuten folgen könnte und damit der ansatz für eine diskussion verpatzt wäre, versuch ich`s halt.



> **„Jedes falsche Gefühl**
> **erzeugt die absolute Sicherheit, es zu fühlen."**
>
> p.p.pasolini

(Die Sexualitätsdebatte führt an die Basis linksradikalen Denkens. Diese Basis war doch schon immer vor allem das Grollen im Bauch, der Schmerz, die Wut über die herrschenden Verhältnisse und auch die Angst davor. Wir stellen Analysen an und entwerfen Theorien, um die Krankheit, die diese Schmerzen verursacht, zu überwinden. Unsere Analysen vergrößern den Schmerz, die Wut, machen uns sensibler. Es geht darum sensibler, reflexibler und begreifbarer zu werden. Es geht darum die Ursachen zu finden nicht das Schmerzmittel. Wir müssen genau fühlen, wo es überhaupt weh tut, wo die Wut und die Angst sitzen und uns selbst und gegenseitig die Kruste anpieken, unter der der Eiter sitzt. Wir müssen tief im Herzen bohren, sollen unsere Debatten zu etwas führen.)



Endlich wird diese Diskussion wirklich spannend.
P.C., dein (hochgradig ambivalentes) Persönlichkeitsbild wirft schon einen deutlichen Spiegel auf die linksradikale Männerwelt, wenn es denn wirklich repräsentativ ist.
Auch ich kenne, wie jeder Mann, diese Zwiespältigkeit zwischen Handeln und Denken, auch wenn sie sich mir anders darstellt.
Es gibt keinen Grund weinerlich darüber zu sein oder damit zu kokettieren. - Ganz abgesehen von dem krassen Frauenbild was du besitzt. - Aus welchem Grund stellst du dir am Ende deines Papiers diese Fragen? Schmerzt es dich, daß du über dem RTL - Schmutz onanierst, oder schmerzt es dich, daß du die von dir selbst angenommenen moralischen Regeln nicht einhalten kannst. Träfe Ersteres zu, würde sich das Onanieren über RTL wohl bald erübrigen.
Alle diese Widersprüche die du aufzählst, sind so unterschiedlich und laufen doch auf Eines raus. (Was bedeutet z.B. dein steifes Glied für dich? Ist es Ausdruck dessen, daß du „ficken" willst [genau in diesem gewaltsamen Sinn], daß du penetrieren willst, daß du Zärtlichkeit willst. Willst du überhaupt etwas dabei oder kannst du es einfach bei einem Steifen belassen und dich damit wohl fühlen, ohne etwas zu wollen. Ist es vielleicht Ausdruck einer Wärme die du empfindest, die nicht unbedingt immer etwas will? Unabhängig vom gesellschaftlich geprägten Symbolgehalt eines erigierten Gliedes: Ist es nicht der Penetrationsdruck / - zwang der deinen steifen Schwanz für Andere gefährlich macht und der dir Angst bereitet?)
Deine Fragesammlung am Ende liest sich wie aus einem Knigge für antipat. Männer: "Habt Ihr alles richtig Gelernt?" Sie hat etwas lächerliches. Obwohl die Fragen an sich schon ihre dringende Berechtigung haben.



Aber wer stellt sie dir? Die „Frauen" von denen du anerkannt werden willst? Oder stellt sie dir ein schlechtes Gewissen gegenüber der Szene? Willst du hören, daß Andere genauso schlecht dran sind wie du? Oder merkst du, daß du wirklich andere **beHERRschen willst, einschränken, penetrieren und benutzen..?!**

P-retty g-ood p-rivacy

Penetrativer Sex ist weit verbreitet zwischen heterosexuellen Paaren. Denkst Du dabei an das Risiko, Aids zu bekommen?
a) Denken beim Sex?
b) ich mache keine Schweinereien.
c) nur mit Latex.
d) ich halt's mit Platon - ich mein jetzt übertragen auf meine Lage...

Glaubst Du nicht, daß Deine Heterosexualität eine Phase ist, durch die Du hindurch gehst?
a) um Himmels willen, was denn sonst.
b) nö, pervers und Spaß dabei.
c) klar, wenn die Nacht am tiefsten ist, ist der Tag am nächsten.

ist es nicht möglich, daß Dir ein/e schwule/lesbische Lover/in fehlt?
a) Tag und Nacht.
b) mich mag ja eh niemand.
c) quatsch, ich bin der Steppenwolf.
d) all you need is love, love, love.

Warum fühlst Du Dich gezwungen, andere von Deinen sexuellen Aktivitäten zu überzeugen? Warum bestehst Du darauf, so eine öffentliche Zeremonie um Deine Heterosexualität zu machen? Kannst Du die nicht einfach für Dich behalten?
a) Zeitungen bezahlen mich dafür.
b) ich bekomme Geld aus Moskau (Bagdad), um die Dekadenz des kapitalistischen Westens zu zersetzen.
c) ich war schon als Kind vorlaut.
d) ich habe sonst nichts zu erzählen und will mich wichtig machen.

40 Jahre KPD-Verbot

Meilenstein des Staatsterrorismus

Außerdem: Folter – Na und? – Benjamin Ramos Vega wurde ausgeliefert +++ Game over, Celle! – Der Prozeß gegen die Autonome Antifa (M) fällt aus +++ Quack-Prozeß – Die große Pleite der BAW +++ Die großen Lauscher werden gespitzt – Argumente gegen den „Großen Lauschangriff" +++ Datenschutz bei EUROPOL +++ Mumia Abu-Jamal – Die Kampagne geht weiter

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden und bei Eurer Ortsgruppe oder für 5,- DM in Briefmarken bei:

Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Tel. + Fax: (0431)75141

DIE ROTE HILFE 3/96



FETTES BROT
NO REMORZE
UNCLE HO
ABSOLUTE BEGINNER

Der Erlöß des Konzerts kommt antifaschistischen Gruppen aus Göttingen und Passau zugute, die von staatlicher Verfolgung betroffen sind.

Solidarität ist eine Waffe!

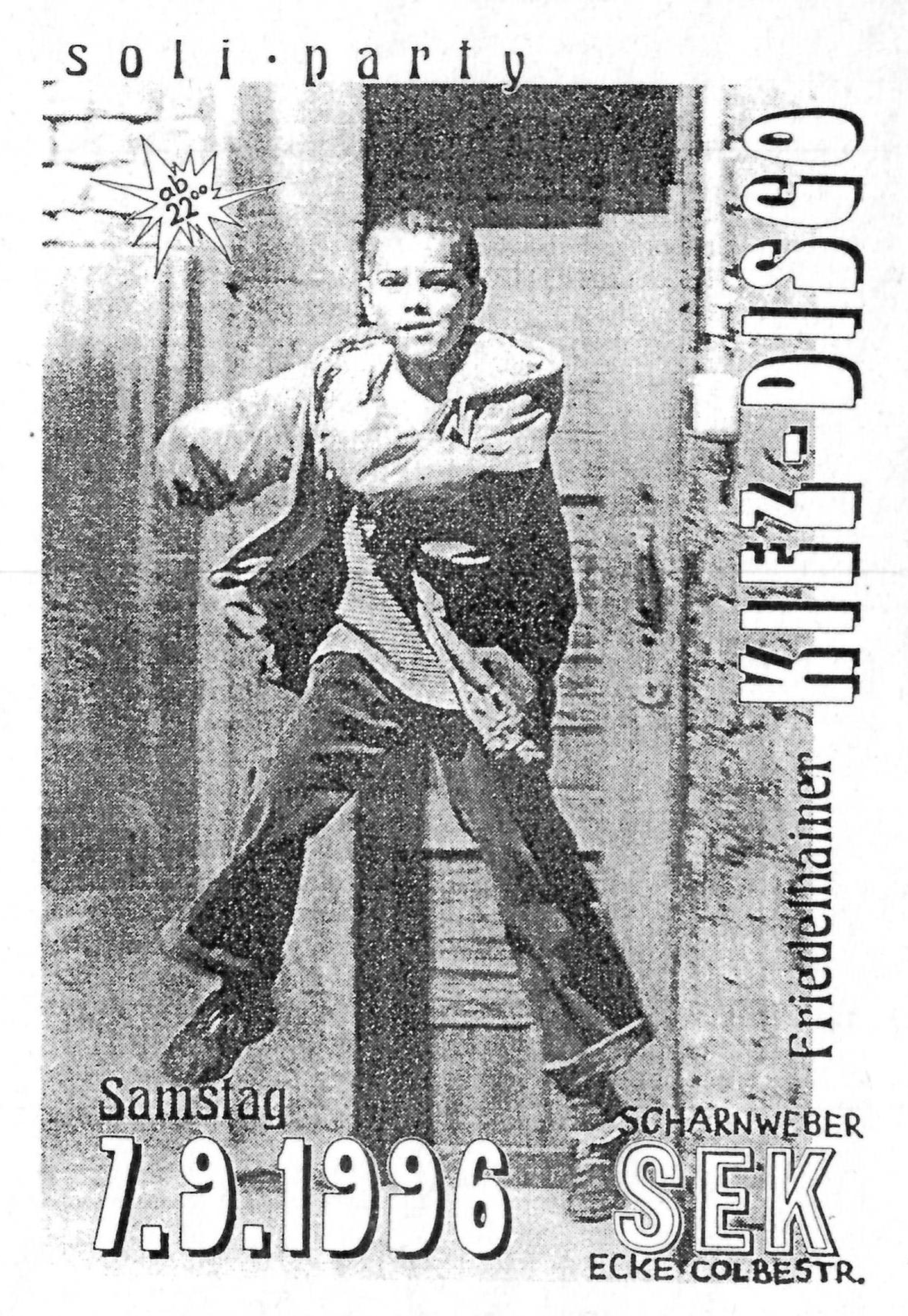
Antifaschistische Aktion

Veranstaltung: Antifa 2000
Antifaschistische Gruppen im Gespräch - Fr., 6. Sept., 19 Uhr im Hauptgebäude der TU-Berlin

7. Sept. 96

Alte TU-Mensa,
Hardenbergstraße
Einlaß 18.30 Uhr - Beginn 20 Uhr
VVK 20 DM +VVK-Gebühr
Abendkasse 25 DM
Karten bei den bekannten Vorverkaufsstellen und unter
Tel.: 6158918

soli · party





Inhalt u.a.: Freiheit für Mumia Abu-Jamal, Spanische Revolution 1936, Nordirland: Angst vor Kapitulation, Türkei: Interview zur Situation, Häuserräumungen in Berlin, Antifa-Café Wedding zu Selbstverständnis und Utopie, Atomrakete im Anti-Kriegs-Museum ....

Ihr könnt die WNZ abonnieren, indem Ihr 15,- DM in Briefmarken oder Schein für 6 Ausgaben (= ca. 1 Jahr) an uns schickt:

WNZ, Sparrstr. 21, 13353 Berlin, Tel. 030/454 82 207, Fax: -208

Podiumsdiskussion

Antifa 2000

Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Perspektiven
Antifaschistische Gruppen im Gespräch

Freitag, 6. September 1996
19 Uhr, Hauptgebäude der TU-Berlin



Vertreter verschiedener antifaschistischer Gruppen stellen sich den Fragen der Moderation und des Publikums und diskutieren ihre politischen Ansätze und Standpunkte.

Auf dem Podium vertreten sind:

Antifa Initiative Moabit (AIM) - Berlin

Antifa Infoblatt - Berlin

Autonome Antifa (M) - Göttingen

Bund der Antifaschisten (BdA) - Berlin

Antifaschistische Aktion - Berlin

Das Podium stellt sich folgenden Fragen:

1. Was sind Eure wichtigsten Aktivitäten/Erfolge der letzten Jahre?
2. In welcher Form bezieht Ihr Euch auf linke Geschichte?
3. Welche Rolle spielen organisierte Neonazis in der gegenwärtigen Gesellschaft?
4. Welche Erfahrungen habt Ihr mit staatlicher Repression?
5. Was sind für Euch die wichtigsten Aufgaben/geplanten Aktivitäten der nächsten Jahre?

Veranstalter: Bund der Antifaschisten & Antifaschistische Aktion Berlin

mit freundlicher Unterstützung der Antifa-Kontaktstelle im AStA der FU-Berlin und des AStA der TU-Berlin





Frauenmigration und Frauenhandel in Brasilien

Berichte eines Projektes

Das Projekt CHAME wurde im Juli 1994 in Salvador, Bahia gegründet. Seitdem arbeitet CHAME als Informationszentrum über die Problematik der Frauenmigration und des Frauenhandels mit Brasilianerinnen.

Um die Selbstorganisierung der Frauen zu fördern und die Unterstützungsarbeit zu verbessern ist es wichtig eine enge Zusammenarbeit der Organisationen hier und dort aufzubauen.

Das ist das Ziel dieser Veranstaltung: Am Beispiel des Projekts CHAME aus Brasilien soll die Möglichkeit des Austausches und der Kooperation mit Berliner Projekten überlegt werden.

ORT: FDCL im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin, Aufgang 3, 1. Stock, Blauer Salon

WANN: Dienstag, 10. September 1996, um 19 Uhr

TERMINE

Fr. 6.9. 19h Podiumsdiskussion "Antifa 2000"s.o.
2oh FDCL-Party "Fun(d)raising" im Mehringhof, Gneisenaustr.2a
Sa. 7.9. Aktionstag "Wir machen dicht" im Wendland
20h Antifa-Soli-Hiphop-Konzert s.o.
22h Kiez - Disco s.o.
So. 8.9. 11h Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung, Gedenkstätte Plötzensee
Di.10.9. 19h Film "made in spotswood" im Syndicat, Weisestr.56, Neukölln
19h Chame, Brasilien zu Frauenmigration s.o.
19h "Desertion in der Wehrmacht"Vortrag von R.Gilsenbach im Kato,U-Bhf Schlesisches Tor
Mi.11.9. 19h und 21h Film "Tina Modotti" s.o.



Am Samstag, den 7.9. 96 findet unter dem Motto "wir machen dicht" ein erster Aktionstag gegen weitere geplante Castor-Transporte ins Zwischenlager Gorleben statt. Viele FreundInnen aus dem ganzen Bundesgebiet werden hier sein, um mit uns gemeinsam Stärke und Phantasie zu zeigen. Laßt uns die Gelegenheit nutzen, und bei heißem Frühstückskaffee und frischen Brötchen ein Stück mehr Bekanntschaft schließen, uns besser kennenlernen und Pläne gegen den vorgesehenen Castor-Dreierpack schmieden. Es können so zum Beispiel zukünftige Scheunenschlafplätze abgeklärt werden, vielleicht springt ein Kartoffelernte-Hilfseinsatz dabei heraus.

Nutzt die Gelegenheit, macht Euch mit dem Frühstück für Eure Gäste keinen Streß! Zwischen Aktionstag - Konzert - Ratschlag fehlte nur noch die Versorgung für Sonntag morgen: Hier ist sie! Greift zu! Kommt zahlreich!

Sonntag, 8.9., 10 Uhr
Gasthaus Santelmann, Gedelitz

viSdP: Fruhstucksamt der Republik Freies Wendland